Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76,— M., für das übrige Ausland 94,— M.

Sonnabend, den 17. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 247

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 97

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zur Heerschau der Rechtsputschisten

Ein Stich ins Wespennest

Unsere gestrige Mitteilung über einen bevorstehenden Rechtsputsch beschäftigt eingehend die Presse. Das Echo, das unsere Veröffentlichung allenthalben weckte, sollte jedem, der bisher noch an der Richtigkeit unserer Mitteilung zweifelte, ein Licht aufstecken. Es ist genau wie vor dem Kapp-putsch: Die deutschnationalen Blätter hüllen sich in bezeichnendes Schweigen. Sie wissen von nichts! Dann kommen die anderen Gesinnungsfreunde, die heuchlerisch versichern, daß der Rechtsputsch nur ein Gespenst sei, daß den sicher bevorstehenden — Linksputsch verdecken soll. Und dann kommen die demokratischen und Regierungsorgane, die immer erst dann die Gefahr sehen, wenn es zu spät ist. — Noske hatte bekanntlich noch einige Stunden vor dem Kapp-Putsch jede Mahnung mit überlegenem Lächeln abgetan. . . .

Wen aber das Echo auf unsere Mitteilung noch nicht von der Notwendigkeit überzeugt haben sollte, der lese folgende Mitteilungen, die gleichzeitig mit unserer Veröffentlichung in anderen Blättern zu finden sind. So schreibt die „Rote Fahne" unter der Ueberschrift: Der Aufmarsch der Monarchisten:

„Der Oberst Kretzschmann in Potsdam ist ein auf die Republik vereidigter Beamter und Mitglied des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten", der berüchtigten Organisation, zu deren Mitgliedern auch der bekannte Kappist Ehrhardt gehört und deren Ehrenvorsitzender Ludendorff ist. In der Schupo-Abteilung Friedrichshain Berlin fungiert ein Oberwachtmeister Ludwig, der als Abteilungsleiter den Berliner Selbstschutz dirigiert. Der Oberstleutnant Mallwitz, von der berüchtigten Hundertschaft zur besonderen Verwendung", darf jetzt in der Schupo in Frankfurt a. M. seine konterrevolutionäre Tätigkeit fortsetzen. Die Schupo-Hauptleute Sauer und Deralwinger, beide in Torgau, sind als Untergebene Severings gleichzeitig eingeschriebene Mitglieder des reaktionären Stahlhelm-Bundes. In Halle ist republikanischer Schupo-Kommandeur ein Herr Bergmann, der bei festlichen Angelegenheiten „Heil dir im Siegerkranz" singen läßt. In Weimar kommandiert ein Polizeimajor Petri, der der berüchtigten Arbeitsgemeinschaft Hubertus angehört und regelmäßig an den Orgeschsitzungen teilnimmt. In Essen unterrichtet der Schupo-Hauptmann Fritken die zivilen Orgeschleute im Gebrauch von Maschinengewehren, Revolvern und Handgranaten. In Weilburg sind Leiter der Schupo, ein Major Buch und ein Hauptmann v. Bismarck, zwei stramme Monarchisten und Verbindungsleute vom „Jungdeutschen Orden"."

Gleichzeitig werden Mitteilungen über Ankauf von Tanks usw. gemacht. Die „R. T." kündigt weitere Veröffentlichungen an.

Ein bürgerliches Blatt, die „Neue Berliner Zeitung" läßt sich folgende Dinge melden:

„Eine Gruppe von Verbänden, an deren Spitze der Nationalverband deutscher Offiziere und die nationalistischen Verbände ehemaliger Soldaten stehen beabsichtigt, am 28. Juni, dem Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, im ganzen Reiche Kundgebungen zu veranstalten. Diesen Demonstrationen gehen **bereits am 24. Juni**, dem Tage der Sonnenwende, Kundgebungen voraus, **deren größte voraussichtlich in Caub am Rhein stattfinden wird**, wo Blücher in den Freiheitskriegen den Rhein überschritt. **Neben Ludendorff** will auch der **Abgeordnete Wulle** am Blücher-Denkmal sprechen. Daß der Ort der Demonstrationen mit Vorbedacht ausgewählt worden ist, geht schon daraus hervor, **daß am jenseitigen Ufer des Rheins die Franzosen stehen.**"

Und schließlich sei über das Treiben im monarchistischen Organisationszentrum, in Bayern, folgendes, gewiß unverdächtiges Zeugnis, angeführt, das wir dem „Berl. Tageblatt" entnehmen:

Auf einem Vortragsabend der Liga „Junge Republik" in München führte der demokratische Hauptmann a. D. Dr. Schützinger (München) über die Vorbereitungen der Monarchisten usw. folgendes aus: Die jetzige Bayernregierung sei zwar hinsichtlich der Reichseinheit zuverlässig: „Dennoch ist die Gefahr, die der Reichseinheit von der **skrupellosen monarchistischen Agitation in München wie in ganz Südbayern droht, so groß wie nur je.** Die bayerischen **gegenrevolutionären Treibereien** sind deshalb **ernster zu nehmen** als die im übrigen Deutschland, weil in Südbayern tatsächlich die zuverlässigen Republikaner eine Minderheit bilden und unter dem **Einfluß der katholischen Geistlichkeit zu den von reaktionären** als „Regimentsfeiern", „Trachtenfest", „Schützenfest" oder unter anderer Firma **veranstalteten monarchistischen Aufzügen** die oberbayerischen Tiroler und Salzburger Bauern **allsonntäglich in hellen Scharen antreten. Die Macht** dieser südbayerischen Monarchisten und Separatisten sei **heute schon so groß, daß sie jeden Tag ohne nennenswerten Widerstand die Monarchie für Südbayern,** vielleicht mit Einschluß von Tirol und Salzburg, **proklamieren könnten.** Das Hindernis sei **nur die Uneinigkeit über den Monarchen** und über die Gestaltung der Monarchie. Während die einen den Wittelsbacher auf den Thron erheben möchten, denken die andern an einen Habsburger oder Hohenzollern. **In dem Augenblicke, wo die Ludendorff, Kahr, Dr. Heim, Jenz, Dr. Pittinger, Kanzler, Xylander sich mit der Organisation Oberland über ein einheitliches Ziel verständigen, stelle sich der Proklamation der Monarchie in München kein ernstes Hindernis entgegen.** Auf den Alpenpässen zwischen Bayern und Tirol und Salzburg **seien Waffendepots genug vorhanden. Reichswehr und Schupo ständen zu Kahr und Ludendorff.** Auf ernsten Widerstand des Bürgertums ist nicht zu rechnen."

Wir meinen, daß alles sind Warnungszeichen, die nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sind. Besonders nicht, wenn wir zu alledem noch die gestrige Berliner Rechtspresse nehmen.

So verschweigt die deutsch-völkische „Deutsche Zeitung" unsere Mitteilung völlig, versieht aber den Aufruf der SPD. zu Gegenkundgebungen mit der Ueberschrift: Aufruf zum Straßenterror! Die sozialdemokratischen Führer werden als „internationale Schieber, die aus unsrer Notlage Geschäfte machen wollen", beschimpft. Die „Deutsche Tageszeitung" nimmt zu unserer Meldung nur unterm Landtagsbericht Stellung. Man müsse auf die Linksparteien Obacht geben, denn ein Linksputsch stehe bevor! **„Dazu gehört aber eine energische Abwehr von den bisher von den sozialistischen Ministern geübten Methoden".**

Gegenüber alledem sehe man sich die Haltung der Regierung und vor allem ihrer Presse an. Am schäbigsten — wir finden leider kein anderes Wort für ein solches Ver, halten — benimmt sich der „Vorwärts". Ueber alle diese Vorgänge bringt er ganze 26 Zeilen unter der Ueberschrift: Putschgerüchte. Unsere Veröffentlichung zeuge von „starker Aufgeregtheit", „offenbaren Uebertreibungen" usw., „so daß einen förmlich eine Gänsehaut überläuft". Die Arbeiterschaft brauche „vor Parolen nicht zu zittern", „Aufgabe der Behörden aber ist es" . . . . . usw. —

Mit diesen, offenbar vom Schuldbewußtsein „diktierten Beschwichtigungsversuchen" des „Vorwärts", vergleiche man die Aeußerungen eines **bürgerlich-demokratischen** Blattes, der „Berliner Volkszeitung":

„Man wende gegen diese Mitteilung aus der „reiheit" ein, daß ein Rechtsputsch **nicht wahrscheinlich sei,** da ihm schon aus außenpolitischen Gründen der Erfolg versagt bleiben müßte. **Die Rechtsbolschewisten sind keine denkenden Leute und ihre Vorstellungswelt sieht nicht über den Tag hinaus,** da man sich gewaltsam in den Besitz der Macht setzt. Wir glauben zwar nicht, daß „in allen Ministerien" fieberhaft für einen Rechtsputsch gearbeitet wird, **aber Mißtrauen ist eine alte demokratische Tugend,** und sie kann nicht genug geübt werden, **wenn sich die Reaktion durch erhöhte Tätigkeit verdächtig macht."**

Was aber tut die Regierung?

Das „Achtuhrabendblatt" bringt eine offenbar offiziöse Meldung, in der es heißt:

„Diese Ankündigungen . . . . **können den Eindruck erwecken, als ob Deutschland unmittelbar vor einem Rechtsputsch stehe.** Demgegenüber sieht man im Berliner Polizeipräsidium und auch bei anderen zuständigen Stellen die **Lage als nicht so besorgniserregend an,** wie sie . . . . angeblich sein soll. Im Berliner Polizeipräsidium wurde uns ausdrücklich versichert, **daß zu irgendwelchen Besorgnissen kein Anlaß vorliege."**

Aber:

In den maßgebenden Kreisen bestreitet man nicht, daß, angesichts der auf beiden Seiten gegeneinander herrschenden Erbitterung, aus solchen Kundgebungen unter Umständen sich schwerwiegende Ereignisse entwickeln könnten. Um so mehr sei es erforderlich, daß hüben und drüben versucht werden müsse, die Wogen der Erregung zu glätten, **um politisch unübersehbare Konsequenzen zu verhüten.** Weiter ist man an den erwähnten Stellen der Ansicht, daß es zweifellos — wie beim Kapp-Putsch im Jahre 1920 — **einige rechtsradikale Ultraheißsporne** gebe, die sich **ohne weiteres an einer Umsturzbewegung** beteiligen würden, **doch sei es übertrieben,** zu behaupten, daß diese Elemente sich bereits zu festen Verbänden zusammengeschlossen hätten.

Jedenfalls ist darüber nichts Authentisches bekannt. Daß ein beträchtlicher Teil der Polizeioffiziere **monarchistisch** gesinnt sei, könne nicht geleugnet werden. . . . .

Die Schupo werde sich in ihrer Mehrheit auf die **Seite** der Republikaner stellen. Und dann zum Schluß:

„Auf keinen Fall könne man aber behaupten, daß die Dinge schon so weit gediehen seien."

Sie sind also schon gediehen, nur noch nicht so weit!

Wir können uns nach den Ereignissen in den letzten Tagen nicht mit den Beschwichtigungsversuchen der Regierungsorgane begnügen. Und wir glauben, das wir damit **das** aussprechen, was die Mehrheit des Proletariats denkt und fühlt, das die Lehren des Kapp-Putsches noch nicht vergessen hat. Der „Berl. Lokalanzeiger" hat erst vor kurzem die Königsberger Vorgänge als ein „Vorpostengefecht" bezeichnet. Und das sagt genug!

Wir haben gewarnt! Möge diese Warnung nicht ungehört verhallen, um vor blutigen Ueberraschungen geschützt zu sein.

Bereit sein ist heute alles!

Die Putschgefahr vor dem Reichstag

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung nahm gestern im Reichstage der Genosse Dittmann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich habe die Auffassung: das Wichtigste, worüber der Reichstag im gegenwärtigen Augenblick verhandeln muß, sind die fortgesetzten, sich immer mehr steigernden monarchistisch- (Heiterkeit und Zurufe rechts) militaristisch- (Sehr wahr! bei den Unabhängigen und Komm.) reaktionären Treibereien (Zuruf von der D. Vp.: kommunistischen!) gegen den Bestand der deutschen Republik. (Zuruf von den Komm.: Und die Ohnmacht der Regierung!) Die Tageszeitungen sind täglich voll von Meldungen über sogenannte Regimentsfeiern, militärische Paraden (Heiterkeit und Zurufe rechts: Fürchterlich!) und ähnliche Veranstaltungen, die bloß dem Zwecke dienen, für einen Rechtsputsch Stimmung zu machen, (Lachen und Zurufe Huhu rechts — lebhafte Zustimmung bei den US. und den Komm.), wie wir ihn im März des Jahres 1920 erlebt haben. (Sehr wahr! bei den US. und den Komm.)

Als wir damals gewarnt und auf die Zeichen der Zeit hingewiesen haben, da sind wir genau so verhöhnt und verlacht worden, wie die Herren von rechts jetzt glauben mich verhöhnen und verlachen zu müssen. Leider gab es damals auch Kreise in den Linksparteien, die mit derselben Sorglosigkeit den Dingen ins Auge schauten und die dann aufs schwerste durch die Ereignisse vom 13. März 1920 überrascht wurden. (Zuruf von den Komm.: Aber dann waren sie flink mit dem Auto! — Heiterkeit auf der äußersten Linken.)

Der Reichstag hat eine formelle Möglichkeit, diese Dinge hier zu behandeln durch die **Interpellationen**, die bereits zu diesem Thema eingebracht worden sind. Meine Fraktion — die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei — hat eine Interpellation eingebracht, die sich mit den bekannten Vorgängen in Königsberg anläßlich der Hindenburgfeier der Reichswehrsoldaten beschäftigt. In dieser Interpellation ist auch hingewiesen auf ähnliche Treibereien in Bayern, besonders in München, und auf eine gleichartige Veranstaltung in Gruiten bei Elberfeld. In der Interpellation wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um Ausschreitungen von Monarchisten, Attentate und Angriffe auf die Republik und ihre Organe zu verhindern und jede Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen ebenfalls zu verhindern.

Es liegt aber weiter noch eine Interpellation Henke und Fraktion vor, also gleichfalls von meiner Fraktion gestellt, noch datiert vom 5. November des vorigen Jahres, die sich mit Nachrichten beschäftigt, die damals über ähnliche Treibereien bereits in der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind. Weiter liegt eine Interpellation vor, ebenfalls von meiner Fraktion gestellt, die sich mit der Tatsache beschäftigt, daß auch die Schutzpolizei an diesen monarchistischen reaktionären Treibereien beteiligt ist. (Hört, hört! bei den US. und bei den Kom.) Und in dasselbe Gebiet gehört eine Interpellation Müller (Franken) und Genossen, also von der

rechtssozialistischen Fraktion, die sich gegen die Regimentsfeiern wendet, die überall im Lande stattfinden.

Geschäftsordnungsmäßig ist die Situation so, daß der Herr Reichskanzler sich zur Beantwortung dieser Interpellationen bereiterklärt hat. Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird dem Begründer der Interpellation das Wort an dem von dem Herrn Reichskanzler für die Beantwortung bestimmten Tage gegeben. Vom Herrn Reichskanzler ist die Beantwortung versprochen. Aber das schließt nicht aus, daß sich der Reichstag mit dem Ersuchen an den Herrn Reichskanzler wendet, weil inzwischen Umstände eingetreten sind, die eine schleunige Antwort erfordern (Sehr wahr! bei den US. und Komm.) diese Interpellation schleunigst, möglichst noch am heutigen Tage, zu beantworten. (Lebhafte Zustimmung bei den US. und bei den Komm.) Ich stelle hiermit in aller Form diesen Antrag.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag erhoben sich außer den Unabhängigen nur noch die Kommunisten. Die Rechtssozialisten stimmten mit den bürgerlichen Parteien gegen die sofortige Behandlung der Putschgefahr und damit auch gegen die Erörterung ihrer eigenen Interpellation Müller-Franken! Scheidemann wird nach der Ankündigung gestern abend in einer Berliner Mitgliederversammlung (!) seiner Partei über das Thema „Gegen rechts" gesprochen haben, und der „Vorwärts" wird heute seine Rede in großer Aufmachung servieren. Das nennt sich dann Kampf gegen die Reaktion! Jammerlappen! Im Gegensatz zum „Vorwärts" hat Severing, der rechtssozialistische Innenminister in Preußen, heute im Landtage erklärt, die Lage sei heute ernster denn je, und er fügte hinzu, er sei überzeugt, die Arbeiter würden jeden Angriff auf die Republik abwehren. Also das Eingeständnis seiner ministeriellen Ohnmacht. Aber wie sollen die rechtssozialistischen Arbeiter in Aktion treten können, wenn ihre Führer aus Rücksicht auf die Koalitionsgenossen dem Kampf ausweichen? Nur die USP. ist heute der feste Damm gegen die reaktionäre Flut.

Aufmarsch der Monarchisten

Genosse Unterleitner-München hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Am Pfingstsonntag fand in München eine Regimentsfeier statt, die nach dem Bericht des Regierungsorgans, der „Bayerischen Staatszeitung", ein bedeutsames Bekenntnis zum angestammten Herrscherhaus brachte. Der General Gustav Schoch forderte „ein Heer, das nach dem sittlichen Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut wird und bei dem es auch wieder ein Infanterieregiment „König" geben wird." Oberst Prieser appellierte an die Anwesenden, „die alten Farben schwarz-weiß-rot hochzuhalten und in ihrem Sinne und Geiste die heranwachsende Jugend zu erziehen." Angehörige der Reichswehr der Republik nahmen zahlreich an der Feier teil, darunter auch der Kommandant der Reichswehr in Bayern, General v. Koehl.

Die Kundgebungen erreichten ihren Höhepunkt in einem Festzug, der in der Kaserne der Reichswehr auf dem Marsfelde aufgestellt wurde. Als Ehrengäste hatten sich eingefunden der „Kronprinz" Rupprecht, die „Prinzen" Leopold, Ludwig Ferdinand, Alfons, „Prinzessin" Arnulf, General v. Moehl usw. An der Spitze des Zuges war eine Ehrenkompagnie der Reichswehr, dann die aus Minenwerfern gebildete, von Hauptmann Streck geführte Traditionskompagnie. Die Musik des 2. Bataillons des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 19 spielte „befeuernde Weisen". An der Ettstraße nahm der „Kronprinz" den Parademarsch ab.

So lauten vorsichtig abgefaßte Zeitungsberichte. Augen- und Ohrenzeugen können mehr berichten.

Ich frage bei der Reichsregierung an:

1. Was gedenkt sie zu tun, um diese maßlose Verhöhnung und Verächtlichmachung der Republik durch Offiziere und Mannschaften der von der Republik besoldeten Reichswehr zu verhindern?

2. Duldet die Reichsregierung, daß Reichswehr zu monarchistischen Demonstrationen unter dem Deckmantel von Regimentsfeiern mißbraucht wird und daß diese Demonstrationszüge in Kasernen der Reichswehr aufgestellt werden?

3. Ist die Reichsregierung bereit, sofort diese Vorbereitungen zum Sturze der Republik zu unterbinden?

Sedanfeierklänge

Unmittelbar nach dem Erzbergermord am 4. September 1921, fand in Herford ein Kriegervereinsfest mit Fahnenweihe statt. Da alle derartige Festlichkeiten ein antirepublikanischer Charakter anhaftet, beschloß der Bund der Kriegsbeschädigten am gleichen Tage eine Gegendemonstration mit der Parole „Nie wieder Krieg!" zu veranstalten. Die Herforder Gewerkschaften wurden dazu eingeladen. Im Verein mit der Polizeiverwaltung wurde vereinbart, daß die beiden Züge nicht miteinander in Berührung kommen sollten. Als aber dann am Tage der Demonstration selbst bekannt wurde, daß eine Reichswehrkapelle bei dem Kriegervereinsfest mitwirken werde und daß auch Offiziere in Uniform sich daran beteiligen werden, bemächtigte sich der Bevölkerung eine starke Erregung. Die ursprünglich vereinbarte Marschrichtung wurde nicht innegehalten, die Teilnehmer der beiden Züge gerieten aneinander, es kam zu Schlägereien, an deren Folgen einer der Geschlagenen gestorben sein soll. Zwei Revolverträger des Kriegervereins, sowie die Teilnehmer eines mit Stöcken bewaffneten Stoßtrupps des Kriegervereins wurden sonderbarerweise nicht unter Anklage gesetzt, wohl aber eine Reihe Teilnehmer der Demonstration des Bundes der Kriegsbeschädigten. Gegen diese wurde von dem Schwurgericht in Bielefeld ein Prozeß geführt, der 19 Tage währte. Auf der Geschworenenbank saßen verschiedene Mitglieder des Kriegervereins. Das Urteil gegen sechs Angeklagte lautete auf Freisprechung. Der Krankenkassenrendant Schmidt, der ebenso wie die übrigen des schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs bezichtigt ward, wurde zu 10 Monaten, der Tischler Ackermann zu 6 Monaten und der Schlosser Gnegeler zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Fall Hermes

Wer bis jetzt noch an den Versuch einer unparteiischen Untersuchung im Falle Hermes glaubte, den hat die Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom vorigen Dienstag in seiner Meinung stark erschüttert. Bisher haben die bürgerlichen Herren in diesem Ausschuß nur versteckt ihr wohlwollendes Verständnis für das Verhalten von Hermes bekundet, diesmal aber ziemlich offen. Die von Hermes nicht bestrittene Annahme von Geschenken ist zwar durch die ständige Rechtsprechung der obersten Gerichte als mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar bezeichnet worden. Zahlreiche untere Beamte sind deswegen diszipliniert oder gar strafrechtlich verfolgt worden, für den Minister Hermes aber scheinen andere Grundsätze gelten zu sollen.

Hermes beruft sich zu seiner Entschuldigung darauf, daß auch andere Persönlichkeiten solche billigen Weinsendungen erhalten haben. Genau dasselbe behauptete der als Zeuge vernommene Direktor Faust, der Lieferant der guten und billigen Weine. Für jedes Gericht wäre es selbstverständlich, daß dieser Punkt, wenn es ihm die Bedeutung beimißt, die die bürgerlichen Mitglieder des Untersuchungsausschusses auf diese Angabe legen, sorgsam aufgeklärt werden müßte. Und zwar kann das natürlich nur geschehen, durch die Nennung der Namen der Persönlichkeiten, die in ähnlicher Weise vom Winzerverband beliefert worden sind unter Angabe der Mengen, der Preise und der Sorten der gelieferten Weine.

Anders dachte die bürgerliche Mehrheit des Untersuchungsausschusses. Sie lehnte die Zulassung einer solchen Frage ab. Ebenso die Eventualfrage, ob auch andere Minister in der gleichen Weise wie Hermes beliefert worden sind, wobei allerdings der Vorsitzende, der Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.), für die Zulassung der Frage stimmte. Ja sogar die Frage, wer die anderen Teilhaber des von Hermes Ende 1920 angeblich gekauften Fuders Weine sind, wurde beanstandet. Gewaltsam also verhinderte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses die Aufklärung der wichtigsten Punkte dieser heillen Affäre.

Zur Erklärung dieses Verhaltens der bürgerlichen Mehrheit des Untersuchungsausschusses gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Herren fürchten, daß durch die Beantwortung dieser Frage auch andere hochgestellte Persönlichkeiten in eine für sie unangenehme Beleuchtung gerückt werden, wie das bei Hermes der Fall ist, oder aber, sie fürchten oder wissen, daß die Behauptung des Ministers Hermes und des Winzerverbandes unrichtig ist und nur Hermes allein zu so niedrigen Preisen und in so großen Mengen bezogen hat.

Nimmt man das letztere als das wahrscheinlichere an, so kommt man erst zur richtigen Beurteilung der offenen Parteinahme, deren sich damit — ob bewußt oder unbewußt, ist völlig gleichgültig — die bürgerlichen Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses schuldig gemacht haben. Es ist nicht ohne Interesse, daß auch bürgerliche Kreise, die nur durch den tendenziösen amtlichen Bericht, der bekanntlich von einem intimen Freund von Hermes angefertigt worden ist, unterrichtet sind, zu ähnlichen Schlüssen kommen. So schreibt die „Morgenpost":

„Mit der Aufklärung der Gründe für die billigen Weinsendungen an Minister Hermes sind eine Strafkammer des Berliner Landgerichts und der Parlamentarische Untersuchungsausschuß beschäftigt. Daß dieser Untersuchungsausschuß die doch immerhin sonderbare Angelegenheit bisher nennenswert aufgeklärt hätte, kann niemand behaupten. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß diese parlamentarische Untersuchung so ängstlich an die Sache herangeht. Wenn der Winzerverband erklärt, die Sendungen an Hermes wären in keiner Weise auffällig, da gleiche Sendungen aus den von Direktor Faust angegebenen Gründen auch an andere Personen gegangen wären, so hat die Oeffentlichkeit allerdings ein Interesse zu erfahren, wer diese Männer sind, schon um mit dem Minister Hermes einen Vergleich ziehen zu können. Und wenn der Ausschuß die Grenzen seiner Zuständigkeit schon so eng ziehen zu müssen glaubt, so sollte wenigstens Minister Hermes, der den Verhandlungen ja beiwohnt, aufstehen und im eigenen Interesse eine möglichst umfassende Beweisaufnahme fordern. Solange das nicht geschieht, dürfen sich weder der Ausschuß noch Minister Hermes darüber beschweren, wenn sich die Oeffentlichkeit über die billigen Weinsendungen nach wie vor ihre eigenen Gedanken macht."

Die Hoffnung der „Morgenpost" auf Sehnsucht des Ministers Hermes nach restloser Aufklärung ist wenig begründet. Wir würden uns aber ungemein freuen, wenn wir wenigstens dieses eine Mal durch sein Verhalten eines besseren belehrt würden. Schweigt er aber, und hält der Untersuchungsausschuß an der Beanstandung der Frage nach den Namen der anderen Empfänger der Weinsendungen fest, so wird der Ausschuß kaum erwarten dürfen, daß man seinem Urteil irgendwelche Bedeutung beimißt. Es würde dann wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, als das Plenum des Reichstags die Frage entscheiden zu lassen, ob mit einer solchen zum mindesten unzureichenden Aufklärung der Angelegenheit der Oeffentlichkeit irgendwie gedient ist. Aber selbst wenn das Plenum des Reichstages sich für befriedigt erklären würde, so wären damit die Möglichkeiten des schweigsamen Herrn Hermes und des schweigsamen Herrn Faust zu Aussagen und den Untersuchungsausschuß zu einer Stellungnahme zu zwingen, durchaus nicht erschöpft.

Im übrigen aber darf man wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß das zum mindesten sehr eigenartige Verhalten des Untersuchungsausschusses nicht auch das Verhalten des Gerichtes sein wird, das am 3. Juli in der Klage des Ministers Hermes gegen die „Freiheit" zu entscheiden hat. Denn es ist falsch, zu meinen, es handele sich allein um die Person des Ministers Hermes, sondern in erster Linie um das Ansehen der Republik, um das Ansehen der Regierung, um das Ansehen der gesamten Beamtenschaft. Wenn der Minister Hermes Geschenke annehmen darf für Dienste, die er in amtlicher Eigenschaft geleistet hat, welches Gericht wird dann noch den Mut finden, einen Beamten, der ähnlich handelt, zu verurteilen? Wenn aber der Beamte für Handlungen, die er in seiner amtlichen Eigenschaft vornimmt, Geschenke annehmen darf, dann haben wir aufgehört, in einem Rechtsstaate zu leben, dann ähneln unsere Zustände denen im zaristischen Rußland, wo jeder Beamte bestechlich war. Dann entscheidet auch bei uns nicht mehr Recht und Gesetz, dann entscheidet der Geldbeutel, dann entscheidet die Gewissenlosigkeit und der persönliche Vorteil.

Tagung des Büros der IASP.

Frankfurt a. M., 16. Juni.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Das Büro der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hatte zu einer Tagung nach Frankfurt eingeladen. Anwesend waren Adler (Wien), Crispien (Deutschland), Longuet (Frankreich), Wallhead (England). An den Verhandlungen beteiligten sich mit beratender Stimme Cermak, Martow und Schreider. Beschlossen wurde die Einberufung einer internationalen Konferenz, die am 16. September in Karlsbad beginnt. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte:

1. Neuaufnahmen in die IASP. und Mandatprüfung;
2. Der Weg zur internationalen Kampffähigkeit des Weltproletariats;
3. Die ökonomische Weltlage und die Aufgaben der Arbeiterklasse;
4. Der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion;
5. Der Militarismus und die Kriegsgefahr;
6. Wahl der Exekutive.

Eingehend befaßte sich das Büro der IASP. mit dem Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre. In einer Erklärung protestiert das Büro gegen die bolschewistische Propaganda für die Todesstrafe, die im Widerspruch steht mit den Erklärungen Radeks und der Delegation der 3. Internationale bei der Berliner Konferenz. Auch gegen die tendenziöse sowjetamtliche Berichterstattung über den Moskauer Prozeß und gegen das Unterbinden der Berichterstattung durch die Verteidiger wie gegen die Beschränkung der Verteidigung wurde Protest erhoben.

Sozialistische Parteien verschiedener Länder haben um Aufnahme in die Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien nachgesucht.

Zur Illustration des Kapitäns von Loewenfeld

Genosse Kuhnt hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Nach Zeitungsmeldungen ist der im Kapp-Putsch vielgenannte Kapitän zur See von Loewenfeld zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin" berufen worden. Das Reichswehrministerium hat die Meldung bestätigt.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß sich dieser Kapitän zur See von Loewenfeld mehrmals seiger Soldatenmißhandlungen schuldig gemacht hat? Ist der Reichsregierung bekannt, daß unter der Führung des Kapitäns von Loewenfeld die Marinebrigade Loewenfeld in den Kapptagen in Schlesien ein wahres Banditenleben geführt und eine Anzahl Menschen in bestialischer, feiger Weise ermordet und in die Oder geworfen hat, darunter den Redakteur Schottländer? Ist der Regierung bekannt, daß unter der Führung dieses Kapitäns zur See von Loewenfeld die 3. Marinebrigade im Rheinland eine große Anzahl Arbeiter, die die deutsche Republik verteidigten, in bestialischer und feiger Weise ermordet hat? Ist der Regierung bekannt, daß die Loewenfeld-Brigade in dem Münster- und Sennelager wie die Banditen gehaust und gestohlen hat?

Ist die Regierung der Auffassung, daß dieser Kapitän zur See von Loewenfeld die geeignete Persönlichkeit ist, als Führer eines republikanischen Schiffes mit dem Auslande Beziehungen anzuknüpfen, die dem deutschen arbeitenden Volke dienen und das Ansehen Deutschlands heben?

Zum Moskauer Prozeß

Die Furcht vor der Oeffentlichkeit

SR. Wir können daher über den Gang des Prozesses entweder nur nach den Sowjet-Funksprüchen urteilen, die von den bolschewistischen Agenten speziell vorbereitet werden, um die europäische öffentliche Meinung irre zu führen, oder aber nach jenen Bruchstücken von Nachrichten, die zufällig in die europäische Presse gelangen und nach denen es unmöglich ist, sich ein vollkommenes Bild vom Prozeß zu machen.

Ja, noch mehr: wir erfahren, daß die gedruckten Reden der Verteidiger beschlagnahmt werden, daß die Zusammenkünfte der russischen Verteidiger mit den ausländischen unter der Aufsicht von Tschekisten erfolgen, daß die Arbeiter, welche die sozialistischen Verteidiger sehen und sprechen wollten, verhaftet und registriert werden. Auch die Sowjetzeitungen haben durch einen merkwürdigen Zufall seit Beginn des Prozesses bereits aufgehört, bei ihren europäischen Beziehern einzutreffen.

Auf der Berliner Konferenz übernahmen die Bolschewisten durch Radek, Zetkin und Frossard die Verpflichtung, „die Vertreter aller Internationalen zu einer stenographischen Notierung" zuzulassen, aber bis heute hat die europäische Presse keine anderen Berichte, als die entstellten und filtrierten Darstellungen der Tscheka-Agenten.

Ermordung Vandervelde's?

In Berlin erhielt sich gestern abend hartnäckig das Gerücht von der Ermordung Vandervelde's in Moskau. Der Brüsseler „Peuple" hat beim „Vorwärts" angefragt, ob hier etwas davon bekannt sei. Dadurch kam das Gerücht in Umlauf. Bis 12 Uhr nachts war in Berlin an keiner Stelle eine Bestätigung der Meldung zu bekommen. Angesichts der Hetze gegen die Verteidiger der SR. in Moskau wäre die Ermordung Vandervelde's zwar nicht unmöglich, aber ein solcher Mord würde für das Prestige der Bolschewisten in Europa und Amerika eine so starke Belastung darstellen, daß man aus diesem Grunde schwer daran glauben kann.

Regierungkrise in Sachsen

In der Donnerstagsitzung des sächsischen Landtages wurde von den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten der Polizeietat abgelehnt und ebenso die von der sächsischen Regierung gewünschte Reorganisation der Polizei. Damit haben die Kommunisten ihre Drohung wahrgemacht, daß sie die sozialistische Regierung zu Fall bringen werden, falls nicht die von ihnen gestellten ultimativen Forderungen, über die wir wiederholt berichtet haben, angenommen werden. Wir werden auf die Frage noch zurückkommen.

Schiedsspruch im Bergbau

Die Verhandlungen mit der Revierkonferenz der Ruhebergleute über Lohn- und Ueberschichtenfragen sind am Sonntag bekanntlich an der ablehnenden Haltung der Bergarbeiter gescheitert. Der daraufhin vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß hat nunmehr einen Schiedsspruch in der Lohnfrage gefällt, der folgende Lohnerhöhungen vorsieht:

1. Die Tariflöhne des Ruhrsteinkohlenbergbaues werden um durchschnittlich 35 Mark je Schicht erhöht, und zwar um 25 Mark ab 16. Juni und um 10 Mark ab 1. Juli 1922.

2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruben und auf den Grund- und Gedingelohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohntafel zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechend niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.

Die Kosten dieser Lohnerhöhungen werden auch diesmal nicht zu Lasten der Schwerverdiener, nämlich der Zechenbesitzer, fallen, vielmehr hat der Schlichtungsausschuß leider erneut sich auf den Standpunkt gestellt, daß lediglich die Kohlenpreise entsprechend erhöht werden sollen.

Im übrigen rechnet der Schlichtungsausschuß mit einem neuen Ueberschichtenabkommen mit Wirkung vom 1. Juli ab. Er stützt diese Hoffnung auf die bevorstehende Regelung des Arbeitszeitgesetzes im Bergbau.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 16. Juni 1922.

Kleine Anfragen.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min.

Abg. **Plettner** (USP.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenkt, gegen die Teilnahme republikanischer Reichswehroffiziere und Mannschaften an **monarchistischen Kundgebungen.** Im Bellevue-Theater in Stettin fand am 6. Mai anläßlich des Geburtstags des desertierten ehemaligen Kronprinzen eine monarchistische Hohenzollernkundgebung statt, an der **Mannschaften und Offiziere des 5. republikanischen Reichswehrregiments teilnahmen.**

Major von Streicher antwortet im Auftrage des demokratischen Reichswehrministers: Die in der Anfrage erwähnte Veranstaltung in Stettin hat mit dem Geburtstag des Kronprinzen keinerlei Zusammenhang. (Lachen links. Zuruf: So was ist ja immer nur Zufall!) Es handelt sich vielmehr um eine Kompagniefeier. **Es liegt keinerlei Veranlassung zum Einschreiten vor.**

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort Abg. **Dittmann** (USP.): Wir haben die Auffassung: Das Wichtigste, worüber der Reichstag im gegenwärtigen Augenblick verhandeln muß, sind die **fortgesetzten, immer mehr sich steigernden monarchistischen, militärischen, reaktionären Treibereien gegen den Bestand der deutschen Republik.** (Heiterkeit rechts. — Zustimmung links.) Die Tageszeitungen bringen fortwährend Berichte über sogenannte Regimentsfeiern und militärischen Trara, die nur dem Zweck dienen, **Stimmung zu machen für einen Rechtsputsch,** wie wir ihn im März des Jahres 1920 erlebt haben. Als wir damals warnten, wurden wir genau so verhöhnt, wie die Herren von rechts jetzt mich verlachen. Es liegen dem Reichstag drei Interpellationen seiner Fraktion über monarchistische Kundgebungen unter Teilnahme der Reichswehr und auch der Schupo vor, die schon teilweise vom November vorigen Jahres stammen. Desgleichen liegt eine Interpellation der Rechtssozialisten über antirepublikanische Kundgebungen vor. Ich stelle deshalb den Antrag, daß der Reichstag das Ersuchen an den Reichskanzler richtet, er möge schleunigst, möglichst **noch am heutigen Tage, die Interpellationen beantworten.**

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten **abgelehnt.** Die Rechtssozialisten stimmen gegen die sofortige Beantwortung ihrer eigenen Interpellation.

Präsident **Löbe** bittet um Zustimmung des Hauses, einen Initiativantrag der Deutschnationalen und einen der Deutschen Volkspartei auf Abänderung der Erbschaftssteuer gemeinsam mit der Zwangsanleihe und dem Antrag der Unabhängigen auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes dem Ausschuß zu überweisen. Abg. **Höllein** (KPD.) erhebt dagegen Einspruch. — Abg. **Schultz-Bromberg** (Dtn.) fordert infolgedessen auch die Absetzung der Beratung des Gesetzes über die Zwangsanleihe und Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Der deutschnationale Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Der Gesetzentwurf über die **Erhöhung der Bezüge aus der Unfallfürsorge** für Gefangene wird in allen drei Lesungen mit einigen Abänderungen ohne Debatte angenommen. Ebenso wird der Gesetzentwurf über die **Vergütung von Leistungen für die bewaffnete Macht** in zweiter und dritter Lesung debattelos erledigt.

Erste Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung

Abg. **Giebel** (SPD.): Der gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens stimmen wir zu, aber die Bestimmung der Schlichtungsordnungsordnung, wonach der freie Wille der Gewerkschaften zu Verhandlungen eine gesetzliche Verpflichtung werden soll, lehnen wir ab. Der § 55, nach dem die Gewerkschaften vor jedem Streik die Schlichtungsbehörde anrufen müssen, schränkt die Selbstbestimmung der Gewerkschaften ein. Aus diesem Paragraphen ergeben sich die schlimmsten strafrechtlichen Folgen für die Gewerkschaften.

Reichsarbeitsminister **Brauns**: Die sich dem seit 1919 angekündigten Gesetzentwurf entgegenstellenden Schwierigkeiten dürfen im wesentlichen als überwunden angesehen werden. Die vorliegende Schlichtungsordnung will nicht rütteln am Streikrecht und rüttelt auch nicht daran. Durch den § 55 wird das Streikrecht nicht illusorisch gemacht. In der heutigen Vorlage sieht das Gesetz von strafrechtlichen Folgen bei Uebertretung des § 55 ab. Die Bestimmungen des BGB. bleiben natürlich bestehen.

Abg. **Ehrhardt** (Zentr.): Die Zentrumspartei stimmt dem Grundgedanken des Gesetzes durchaus zu. Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß die Herbeiführung des Friedens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Innern und des Friedens in der deutschen Wirtschaft eine außerordentlich wichtige Aufgabe für den Wiederaufbau unseres Volkes ist, den zu erringen dieser Gesetzentwurf helfen wird.

Abg. **Graef** (Dtn.): Was im § 55, dem Kernstück des Gesetzes, enthalten ist, ist nichts als die Pflicht der Arbeitnehmerorganisationen, gewisse Streikbeschränkungen sich auferlegen.

Abg. Aufhäuser (USP.):

Die Schlichtungsordnung stellt alles andere dar, als einen Ausgleich der sozialen Gegensätze. Sie ist eine **ausgesprochene Kampfansage an die Arbeitnehmer.** Gerade weil augenblicklich die herrschenden Kräfte unserer Wirtschaft und auch die der anderen Länder mit ihrer bisherigen Methode das Gleichgewicht der Wirtschaft nicht wiederherstellen, die Störung des internationalen Warenverkehrs auch nicht einigermaßen wieder aufheben konnten, versucht man jetzt, durch einen **verstärkten sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten die tatsächlichen Ursachen der derzeitigen schwierigen Wirtschaftslage zu verwischen.**

Diese Schlichtungsordnung steht im Einklang mit der wirtschaftlichen Reaktion der ganzen Welt.

In allen Ländern konzentriert sich diese wirtschaftliche Reaktion auf zwei Punkte; die **Aufhebung des Achtstundentags, den Kampf gegen das Koalitionsrecht.** Die „Schlichtungsordnung" ist nichts als ein **Gesetz zur Reglementierung des Streiks.** Der Entwurf beruht auf einem Versprechen der früheren Regierung, die das Betriebsrätegesetz verabschiedet hat, das diese den bürgerlichen Parteien als Aequivalent für die Annahme des Betriebsrätegesetzes gegeben hat. Von diesem Gesetze zur Reglementierung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften hängt es ab, ob die **Gewerkschaften nur noch Organe eines gegen ihre Interessen gerichteten Staatswesens** sein sollen, ob sie ihre eigene Bewegungsfreiheit aufgeben müssen zugunsten einer **staatlichen Bürokratie, die im Auftrage von bürgerlichen Parteien arbeitet.** Die Gewerkschaften haben mit ihrer wachsenden Bedeutung auch eine wachsende Verantwortung bekommen. Gerade in ihrem Charakter als Gewerkschaften sind sie verpflichtet, in aller Form und aller Schärfe gegen den kapitalistischen Staat Stellung zu nehmen. **Sie müssen als Vertretung der Arbeiterschaft, die in unüberbrückbarem Gegensatz zum kapitalistischen Staat steht, sich vorbehalten, ihre Gesetze sich selbst zu schaffen.** Die Umwälzung von 1918 hat eine Neuformung der in der Gesellschaft lebendigen Kräfte gebracht, die heute zum Teil wieder verloren gegangen ist. Eine Errungenschaft,

die Bedeutung der Gewerkschaften, soll durch die Schlichtungsordnung beseitigt werden.

Der Arbeitsminister hat hier die warme Anerkennung der rechten Parteien für seine Schlichtungsordnung verdient. Sie **bedeutet die gesetzliche Unterdrückung jeder kollektiven Regung innerhalb der Arbeitnehmerschaft.** Unter dem Zwang der Revolution hat man die Gewerkschaften weitgehend anerkennen müssen. In dem Augenblick, in dem klar wird, daß sie die völlige Autonomie anstreben, soll man mit dem Schlichtungsverfahren, das auf freiwilliger Grundlage sehr gut wirken kann, umbiegen zu einer gesetzlichen Verpflichtung. Die Voraussetzung zu fruchtbringender Verhandlung ist doch, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber als gleichberechtigte Machtfaktoren freiwillig erscheinen. In Australien hat man die Zwangsschiedsgerichte eingeführt: Niemals sind so viele Streiks gewesen, niemals mußten so viele Streiks naturnotwendigerweise sein, wie dort jetzt.

Wir sind unter keinen Umständen bereit, unsere Hand dazu zu bieten, aus der freiwilligen Schlichtung eine Zwangsschlichtung zu machen.

Mit diesem Gesetzentwurf wird der Bürokratismus in der Verwaltung noch mehr gesteigert. Der Vorsitzende bei den tarifmäßigen Schlichtungsämtern hat das Recht, seine Beisitzer selbst zu ernennen. **Kein Mindestmaß von Selbstverwaltung, keine Rücksicht auf die Verfassung.** Wenn man vom Wirtschaftsfrieden und seiner Förderung spricht, muß man auch von dem Abkommen vom 15. November 1918 sprechen. In diesem Abkommen **verzichtet das Unternehmertum darauf, weiterhin gelbe Gewerkschaften zu züchten.** Im § 6 der Schlichtungsordnung werden die **gelben Gewerkschaften und Vereine auch als Gewerkschaften anerkannt.** (Hört! hört!) Ja, den Arbeitern und Angestellten wird noch nicht einmal das direkte Wahlrecht zu den Schlichtungskörperschaften gelassen. Wir halten es für **unerträglich, daß die Gewerkschaften vor Beginn eines Streiks zur Anrufung des Schlichtungsausschusses gezwungen werden.** Sie sollen nicht nur warten, bis der Schiedsspruch gefällt und ihnen zugestellt ist, nein, **erst drei Tage nach der Zustellung des Schiedsspruches soll ihnen das Recht auf Streik zustehen.** Es kommt dann noch das **Einspruchsrecht von 14 Tagen** hinzu. Das bedeutet also, daß in Zukunft die Arbeiter nicht mehr darüber entscheiden dürfen, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen sie den Kampf beginnen. In Zukunft wird sogar den Arbeitern durch Gesetzgebung vorgeschrieben, nach welchem Stimmenverhältnis sie über ihre eigenen Angelegenheiten abstimmen dürfen. Hat man jemals der Arbeitgeberschaft Vorschriften gemacht, unter welchen Umständen sie Arbeiter aussperren dürfen? **Wir lehnen die Zwangsschiedsgerichte ab. Wir verlangen die völlige Reform** des Schlichtungsverfahrens.

Wenn Sie gegen den Willen der Arbeiter ein solches Gesetz annehmen, und darauf rechnen, daß Sie den Streik damit unmöglich gemacht haben, dann befinden Sie sich im Irrtum. Sie können den Streik wohl durch das Gesetz verbieten. Daß Sie den Arbeitern die Kraft nehmen, auch im gegebenen Augenblick von ihrer Macht Gebrauch zu machen, das ist eine Illusion.

Die Schlichtungsordnung ist typisch für **den Kurs** in der sozialen Gesetzgebung. Und wenn die Mehrheit dieses Hauses auch dazu kommen sollte, die Schlichtungsordnung grundsätzlich nach diesen Vorschlägen zu verabschieden, wenn sie den Streik, wenn sie die Radikalisierung der Arbeiterschaft damit zu unterbinden glaubt, dann wird der Zeitpunkt da sein, an dem die **Arbeiter beweisen, daß Sie durch Gesetze der Arbeiterschaft das Recht nicht nehmen können, in dem Augenblick, wo sie streiken wollen, zu streiken.** (Lebhaftes Bravo! links.)

Nach den Abgg. **Moldenhauer** (D. Vp.), **Fick** (Dem.) und **Waizle** (B. Vp.), die der Schlichtungsordnung grundsätzlich zustimmen, vertagt sich der Reichstag auf Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers, Fortsetzung der Beratung der Schlichtungsordnung, Zwangsanleihe, Erbschaftssteuer, Einkommensteuer.

Schluß ½7 Uhr.

Preußischer Landtag

Sitzung vom Freitag, den 16. Juni 1922.

Die zweite Beratung des **Haushalts des Ministeriums des Innern** wird fortgesetzt. In der allgemeinen Debatte bespricht Abg. **Loenartz** (Ztr.) die bisherige Tätigkeit der großen Koalition. Es ist ein Verbrechen, heute auf eine Umgestaltung der Staatsform hinzuarbeiten. Mit diesem Kampf zwischen Monarchie und Republik kann Hindenburg nicht in Verbindung gebracht werden. Hindenburg ist ein großer Führer, der der Stolz eines jeden Heeres sein muß.

Abg. **v. d. Osten** (Dtn.): Der Feldmarschall Hindenburg (Zuruf links: Der frühere!) — nein, er ist das auch heute noch — (Aha! links) ist die einzigste Lichtgestalt Deutschlands, die das Dunkel unserer Zeit erhellt. (Stürmisches Gelächter links.) In Königsberg hätte die Demonstration der Arbeiterschaft nicht genehmigt werden dürfen. Wenn in Königsberg Blut geflossen ist, so ist das Schuld des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Lübbring. Als sich stürmischer Widerspruch auf der Linken erhebt, droht Präsident Leinert mit der Anwendung der schärfsten Mittel der Geschäftsordnung.

Abg. **Leidig** (D. Vp.): Wir müssen eine geschlossene Front gegenüber unseren Bedrückern und Peinigern bilden. Unsere beste Stütze ist das ordnungsgemäß vorgebildete Berufsbeamtentum.

Abg. Rabold (USP.):

Bei Gründung der grünen Polizei sind die alten Armeeoffiziere, namentlich aus den alten Garderegimentern, zur Schutzpolizei gekommen. **Im Straßendienst können die Schupobeamten die militärischen Kenntnisse nicht verwerten.** Der Eintritt der alten Armeeoffiziere ist in höchstem Maße verdächtig. Es gibt in der Schupo zweifellos eine ganze Reihe von vernünftigen Leuten, die mit allem Ernst ihrem schweren Beruf obliegen. Gegen diese Leute richtet sich ein hinterhältiger Kampf. Allen Ernstes muß die Frage aufgeworfen werden, wie sich die Polizei als Exekutivorgan, als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft bewährt hat. Es hat sich eine gewisse **Verbrechersolidarität zwischen Polizei und Geheimbündlern herausgebildet.** Die Erschießung des Kommunisten Sult ist immer noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt und gewissermaßen rechtlich gebilligt durch die üblichen Stigmatisierungen „Erschießung auf der Flucht". Die „Rote Fahne" und das Großmannsche „Tageblatt" haben detaillierte Mitteilungen darüber gebracht, daß Sult **planmäßig ermordet** wurde. Bisher ist gegen diese Blätter nichts geschehen. Liegt in diesem Schweigen eine Bestätigung ihrer Behauptungen? — Nach dem Kapp-Putsch, **nach dem Erzbergermord hat die sozialdemokratische Presse die Arbeiterschaft vertröstet, hat sie warten lassen, bis die deutschnationalen Meuchelmörder den Attentatsversuch auf Scheidemann** unternahmen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die **Deutschnationalen die Verfassung nicht auf legale Weise stürzen wollen.** Das dauert den Leuten viel zu lange. Die Kriegervereins- und Stahlhelm-Versammlungen sind nichts anderes als

Kontrollversammlungen der Gegenrevolution.

Diese Propaganda sollte jetzt mit dem Hindenburgrummel in Ostpreußen ihren Höhepunkt finden. **Auch in Westdeutschland arbeitet die Reaktion planmäßig.**

Genosse Rabold weist sodann an Hand von Stenogrammen aus dem Marloh-Prozeß nach, daß Leute, **die nach der Ermordung der 28 Matrosen den Leichenhaufen ausfledderten, in die Schutzpolizei aufgenommen und befördert** wurden. (Als der Redner in diesem Zusammenhang die Matrosen der Revolution als Helden bezeichnet, wird er vom Präsidenten Garnich ermahnt, sich zu mäßigen. Sturm auf der Linken.) — Auf das Loblied v. d. Ostens für Hindenburg verweise ich auf das Urteil Delbrücks, dessen „nationale" Qualifikationen von rechts nicht bestritten werden können. **Wir haben keinen Rechtsstaat, sonst säße Ludendorff heute wegen Hochverrats im Zuchthaus.** Gott strafe England! das war das Schlagwort der Nationalen während des Krieges. Heute **schreibt Ludendorff in der englischen Hetzpresse gegen englische Pfunde Schmähartikel auf die deutsche Republik.** Jetzt hat sich Wilhelm Hohenzollern noch dazugesellt, um seine Memoiren an England für 250 000 Dollar zu verschachern. Mit dieser Art von Nationalismus haben wir nichts zu tun.

Mit beißender Ironie fertigt Genosse Rabold die vom Schriftsteller Rosener verfaßten Memoiren des früheren Kronprinzen ab, von dem das Wort gilt: Das Herz ist gut, das Hirn ist weich! Den Antisemitismus der Deutschnationalen weist der Redner mit dem treffenden Hinweis zurück, daß Wilhelm in Holland zur Vertretung seiner Interessen sich des jüdischen Rechtsanwalts Loewenberg bedient und der frühere Kronprinz sich seine Memoiren von dem jüdischen Schriftsteller Karl Rosner schreiben läßt.

Die Situation ist heute ernster denn je!

Die Reaktion rüstet zum Staatsstreich.

Sie wird die **Republik,** wie ein deutschnationaler Redakteur schrieb, **abzurgeln.** Was hat die Regierung getan, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten? Nichts. Die Arbeiterschaft hat heute dieser Republik gegenüber kein Vertrauen mehr und die Reaktion kann nur geworfen werden, wenn die Arbeiterschaft fest zusammensteht. (Lebhafter Beifall links.)

Minister des Innern **Severing**: Herr von der Osten ist unzufrieden mit mir. Aber durch keine Partei werde ich mehr an positiver Arbeit gehindert, als durch die seine. Die Deutschnationalen setzen draußen die Regierung systematisch herab, um die Republik zu diskreditieren. Ich fasse meine Aufgabe so auf, daß ich als Republikaner alle Machtmittel des Staates in meine Hände zu bringen habe. Im nächsten Satze schlägt der Minister dieses Bekenntnis mit den Worten tot: Ich kann nicht nur Anhänger des alten Systems auf entscheidende Posten berufen, sondern „auch Republikaner. Auf die Ostpreußenreise Hindenburgs eingehend, erklärt Severing, daß Hindenburg zum Verzicht oder zur Verschiebung der Reise trotz Bitten, Rücksicht auf die außenpolitische Lage zu nehmen, nicht zu bewegen war. (Stürmisches Hört, hört! links) Herr Rabold hat darauf hingewiesen, daß am 28. Juni eine Bartholomäusnacht veranstaltet werden soll. **Ich weiß, daß die Situation ernster ist denn je. Ich habe das Vertrauen zur Arbeiterschaft, daß sie alle Anschläge auf die Republik abwehren wird.**

Abg. **Charpentier** (KP.) kennzeichnet das reaktionäre System der Schupooffiziere, die allen monarchistischen Treibereien Vorschub leisten und die Beamten zwingen, in die monarchistischen Organisationen einzutreten. Als er dem Minister Severing Wortbruch vorwirft, wird er vom Präsidenten Garnich zur Ordnung gerufen.

Bei Schluß des Berichts dauert die Sitzung noch an.

Die Oesterreichische Notenbank

Um dem ständigen Sinken der Krone Einhalt zu gebieten, haben sich die österreichischen Großbanken zur Gründung einer österreichischen Notenbank bereit erklärt. Wie das Wiener Telegraphen-Korrespondenzbüro meldet, werden die Beratungen über den Entwurf energisch fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß das Statut und einzelne Bestimmungen, z. B. die betreffend die Übernahme der Noten sehr bald zur parlamentarischen Beratung vorgelegt werden können. Die Arbeiten über den Finanzplan nähern sich ihrem Ende. Der für die Vorlage in Aussicht genommene Termin bis 21. Juni kann als gesichert gelten. Schon vorher finden über den Finanzplan selbst und über die Art und Weise seiner Erledigung interne Parteibesprechungen statt. Gegenüber vereinzelten anderslautenden Darstellungen im Ausland ist festzustellen, daß alle Parteien ihre Kräfte in den Dienst des Wiederaufbaus stellen.

Gegen die Maßregelungen der Eisenbahner

Da die Maßregelungen von Eisenbahnern infolge ihrer Teilnahme am Februarstreik kein Ende nehmen, begaben sich am Donnerstag Vertreter der drei Spitzenverbände, des ADGB., der Afa und des Deutschen Beamtenbundes — die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und der Deutsche Eisenbahnerverband waren ebenfalls vertreten — zum Reichskanzler, um ihm die Beschwerden der Eisenbahner vorzutragen. Der Reichskanzler wich einer klaren Antwort aus und erklärte, er werde sich mit den zuständigen Ressorts der Reichsregierung in Verbindung setzen.

Auch die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die gegenwärtig in Würzburg ihren Verbandstag abhält, befaßte sich mit den Maßregelungen der Eisenbahner und richtete an den Reichskanzler Wirth eine Depesche, worin sie ihn an die Einlösung seines am 7. Februar gegebenen Versprechens in bezug auf die Beamtenmaßregelungen erinnert.

Eine Riesen-Feuersbrunst

20 000 Menschen obdachlos.

London, 16. Juni

Nach einer Meldung aus New York ist in Avenue auf Long-Island eine Feuerbrunst ausgebrochen, die 400 Villen und Wohnhäuser zerstört hat. 20 000 Einwohner sind obdachlos. Der Schaden wird auf 4 Millionen Dollar geschätzt.

Soeben erschienen!
Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Die dritte durchgesehene und vermehrte Auflage: Das grundlegende Werk des wissenschaftlichen Sozialismus, lesbar u. verständlich gemacht durch die gemeinverständliche Ausgabe von Julian Borchardt. Preis kart. 75.—, in Leinen geb. 110.—. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. (vorm. A. Seehof & Co.). Berlin C. 54.
Soeben erschienen!

Allgemein steigende Weltmarktpreise

FPS. Der Handelsbericht der New Yorker National City Bank stellt Berichte über die **Bewegungen der Preise in den verschiedenen Staaten zusammen**, die, jeweils verglichen mit den Preisen und Indexzahlen von vor einem oder mehreren Monaten oder einm Jahre, durchwegs einen höheren Stand aufweisen. Die vom Federal Reserve Board für die **Vereinigten Staaten** errechnete Indexzahl, die auf den Großhandelspreis von 100 der wichtigsten Artikel basiert, stellte sich für „Konsumwaren" im Monat März dieses Jahres auf 157 gegen 150 im Januar 1922, für Rohstoffe auf 147 gegen 141, für exportierte Waren auf 144 gegen 139 und für importierte Waren auf 111 gegen 110 und für alle Warengruppen zusammen auf 147 im März 1922 gegen 142 im Januar 1922. Das Federal Reserve Board errechnete auch einen **englischen Großhandelspreisindex**, der sich auf 95 Großhandelspreisnotierungen für April 1922 gründet und für den genannten Monat sich auf 183 für „Konsumwaren" belief gegen 181 im Januar und Februar dieses Jahres. In **Frankreich** hat das amtliche statistische Büro dieses Landes die Indexzahl, die auf den Großhandelspreisen einer recht beträchtlichen Anzahl von Waren beruht, für April 1922 mit 382,6 errechnet gegen 354,2 im Februar dieses Jahres. In **Deutschland** stellte sich die Indexzahl der Frankfurter Zeitung auf 585 für Mai 1922 gegen 317 im Januar und 352 im Februar 1922. In den **Niederlanden** hatten nach dem Bericht des amerikanischen Konsulats in Rotterdam die Großhandelspreise einen Indexbestand von 162 für März gegen 161 für Januar erreicht. In **Britisch-Ostindien** stellte sich die von den lokalen Behörden errechnete und von den amerikanischen konsularischen Behörden gemeldete Indexzahl auf 182 im März 1922 gegen 178 im Januar des Jahres und für **Japan** nach der Berechnung der Bank von Japan auf 201 für März 1922 gegen 199 im August 1921 und 191 im März 1921. Die behördlich errechnete und der Federal Reserve Bank in Newyork von dem amerikanischen Konsulat übermittelte **bulgarische Indexzahl** stand im März 1922 auf 2287 gegen 2172 im Januar 1922 und 1730 im August 1921.

Diese in einem Dutzend der wichtigsten Länder der Welt bemerkbare und statistisch festgestellte Preissteigerung wird noch bestätigt durch eine weitere auf ganz anderer Grundlage beruhende Notierung, die Notierung der Gestehungspreise nämlich für diejenigen Waren, die jetzt nach den Vereinigten Staaten zur Einfuhr gelangen. Bekanntlich gilt als der Valutationsmaßstab für die nach der Vereinigten Staaten importierten Waren der **Verkaufspreis** oder Großhandelspreis der betreffenden **Ware** in dem Lande, aus welchem sie nach den Vereinigten Staaten zum Versand gelangt ist. Nun ist festzustellen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Artikel, für die das amerikanische Handelsdepartement den durchschnittlichen Einfuhrpreis namhaft macht, im März 1922 höher im Preis standen als in den Vormonaten; genauer gesagt waren von 75 Artikeln, auf Grund von deren Preisen das Handelsdepartement den durchschnittlichen Importpreis für einen Monat errechnet, 50 im März höher notiert als in den Vormonaten.

Die endgültige Räumung Oberschlesiens

Die Hauptstreitfrage, die dem Abschluß des deutsch-polnischen Räumungsabkommens noch entgegenstand, die Frage der Regelung der politischen Gefangenen, ist nunmehr gelöst. Während im Anfang die Franzosen gefordert hatten, daß die politischen Gefangenen bei der Räumung aus Oberschlesien nach Frankreich überführt werden sollen, ist nunmehr in langwierigen Verhandlungen eine Regelung dahin getroffen worden, daß die von interalliierten Kriegsgerichten Verurteilten in deutsche Gefängnisse im besetzten Rheinland kommen. Noch schwebende Verfahren werden vor deutschen Gerichten des Rheinlandes zur Aburteilung kommen.

Beweise meiner Leistungsfähigkeit sind die heutigen Angebote

Jumper aus gutem Waschmusselin, Kragen reich garniert . . . 79.00
Plissé-Röcke modern. Karo-Muster, Gürtelgarnitur . . . 298.00
Dirndlkleider apart. kariert. Stoffe, passende Schürze . 398.00
Voilekleider bestickt, mit reicher Rüschengarnitur . . . 498.00
Frottékleider Jumperform, reich bestickt 598.00
Reisemäntel beste Stoffe, 2fache Formen 598.00
Strickjacken Wolle, mod. Formen und Farben 599.00

Badehosen Trikot, Ringelmuster, mit Zug 15.75
Badeanzüge Trikot, einfarbig, für Herren 69.50
Badeanzüge Trikot, besetzt, für Damen 75.50

Mod. Blusenstreifen groß. Sortiment Mtr. 42.50
Zephirs dunkle praktische Streifen Mtr. 69.00
Frotté helle Streifen für Blusen und Kleider . . . . . Mtr. 88.00
Musseline prima Wolle, entzückendes Sortiment . . . . . Mtr. 148.00

Badetücher Kräuselstoff 50×100 . . 39.50
Badetücher Kräuselstoff 125×150 . . 285.00
Badetücher Kräuselstoff 145×200 . . 325.00

Oberhemden m. Klappmanschetten u. passenden Kragen 240.00
Sporthemden Nessé, elegante Qualität 345.00
Einsatzhemden Ia Trikot, wollgemischt 165.00
Damenstrümpfe schwarz, engl. lang 19.50

Damenhemden feinfädig, Reuforcé m. Hohlsaum u. Stickerei 88.75
Damenbeinkleider Knielassen, dazu passend 88.75
Nachthemden aparte Ausführung, dazu passend . . . 148.50
Untertaille Batist mit Valenciennegarniert 49.50
Busenhalter tadellos sitzend, aus bestem Stoff 34.50
Schlüpfer feinfädig, hellfarbig, sehr haltbar 59.50
Taschentücher Linon mit Kordelkante, gebrauchsfertig. 12.50

Wilh. Herm. **Lesser** Berlin-**Schöneberg** Kolonnenstr. 10-11 Ecke Sedanstrasse

Eisschränke ein- und zweitürig in vielen Ausführungen, besond. billig

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: Der Traum ein Leben

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: Schuster Aiolos

Staats-Theater Opernhaus 6 Uhr: Rosenkavalier
Schauspielhaus 7½ Uhr: Napoleon

Deutsches Theater 7½ Uhr: Fiesko und Luise Millerin

Kammerspiele 8¼ Uhr: Vatermord

Grotes Schauspielhaus 7½ Uhr: Die versunkene Glocke.

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tgs 8 U. „Gretchen" Glässner, Roberts

Berliner Theater 7.30 Uhr: Madame Flir.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Gasthaus zur Liebe

Wallner-Theater 7½ Uhr: D. beiden Nachtigallen

ROTTER-BÜHNEN Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater: Eine Frau ohne Bedeutung
7¼ Trianon-Theater: Moral v. Ludw. Thoma
Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Verliebte Leute

Theater des Ostens (Rose-Theater) 8 Uhr. Berlin - Wien - Konstantinopel.

Berliner Prater Kastanien-Allee 1/6 Tägl. 7½ Uhr: Die Prinzessin vom Nil. Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm. Beginn d. Konzerts 4½ U.

Theater am Kottbusser Tor Tägl. 7½ Uhr: Elite-Sänger Volkspreise

Stocklaternen mit Stock und Licht 1.50 Mark. Lampions billig. Papiermützen von 20 Pfennig an. Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortiments 10, 15 bis 100 Mark und höher. Bengalfeuer. A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße. 9 Uhr. Telephon: Moritzplatz 3672.

Möbel noch billig! in großer Auswahl Bar od. Teilzahlung **Möbel-Gross** Gr. Frankfurter Str. 141 Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr. Liefere auch auswärts!

WANDERKARTEN für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlg. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Möbel noch 2c. billigsten Preisen, so lange Vorrat reicht. Bar od. Teilzahlung. Bürgerliche Wohnungseinrichtg. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. Bunte Küchen. Einzelne Möbel. Liefere auch nach auswärts. Lagerung kostenlos. **Möbel-Cohn** Gr. Frankfurter Str. 58 5 Min. v. Alexanderpl. Filiale: Badstraße 47-48 5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Altmetall kauft Brunnenstr. 72

Altmetalle zahlt hohe Preise, Oberbe. ger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107.

Sämtliche **Metalle** kauft v. Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabriken Schulzendorferstr. 2

Süßen Genuß Bereitet man vorteilhaft mit Süßstoff. Man löst eine H-Packung für 1,20 M. in ½ Liter warmen Wassers auf und verwendet diese Lösung wie Zucker. Süßstoff schmeckt völlig rein, ist billig und bekömmlich. Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Alle Seifenhändler decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager **Emerich A. Salgo** N 54, Lothringer Straße 38, Hof

Zahngoldsiegel! Platin-, Gold-, Silberschrott, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn! **Glühstrumpfasche** kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Karosseriebetriebe. Achtung!
Montag, den 19. Juni 1922, abends 7 Uhr findet die
Branchen-Versammlung
der Metallarbeiter aus den Karosseriebetrieben Berlins im Lokal von Holler, Kl. Andreasstr. 10 statt.
Tagesordnung:
1. Welcher Branche wollen wir angehören?
2. Verschiedenes.

Montag, den 19. Juni 1922, abends 7½ Uhr, Vertrauensmännerkonferenz der Bauschlosser im Lokal von Valentin, Hasenhaide 7.
Tagesordnung:
1. Bericht der Tarifkommission.
2. Branchenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.25 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.–, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Kinderwagen. Klappsportwagen, Kinderbadewannen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 98.

Staunenerregend! Blumenbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Verkaufswaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Marschauer Straße 7.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Cover-coats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Roglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Auf Teilzahlung! Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Geniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsteraufl., Kinderbadewannen, Bettstellen, Auflegematratzen, Bettfedern, Daunen, Inlette, Bettwäsche, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Läufer, Linoleum, Wachstuch, Tischdecken, Steppdecken, Bettvorlagen, Bettumrandungen, Bettschoner, Bettbezüge, Bettlaken, Bettwäsche

Koalitionspolitik und Einigung

Von K. Kautsky.

I.

Jede Diskussion muß einmal ein Ende finden. Da aber die „Freiheit“ mich selbst auffordert, nochmals das Wort zu ergreifen und eine Frage, die sie an mich stellt, zu beantworten, so mache ich von dieser Einladung Gebrauch.

Die „Freiheit“ fragt mich, wie ich mir die Einigung zweier Parteien vorstelle, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition ist. Die „Freiheit“ muß zugeben, es sei möglich, daß Anhänger und Gegner der Koalitionspolitik in einer Partei vereinigt sind, wie das Beispiel Oesterreichs beweist. Aber, sagt die „Freiheit“, diese Parteien waren einig, ehe die Differenzen wegen der Koalition auftauchten. Jetzt aber handelt es sich darum, zwei Parteien zu einigen, die gerade durch diese Frage auseinandergehalten werden. Wie soll das möglich sein, ohne daß die eine Partei den eigenen Standpunkt aufgibt und sich der anderen unterwirft? Die Einigung soll aber keine Kapitulation sein.

Hier liegt in der Tat eine Schwierigkeit vor. Aber man darf ihre Größe nicht übertreiben. Sie wäre wohl kaum überwindlich, wenn tatsächlich die eine Partei in der Regierung und die andere in entschiedener Opposition wäre, mit der Absicht, die Regierung zu stürzen.

Aber so liegen doch die Dinge nicht. Die USP. strebt nicht danach, die Regierung zu stürzen, in der die SPD. drinnen sitzt. Sie hat sie bisher in allen entscheidenden Fragen gestützt. Unter diesen Umständen müßte, wenn der ernsthafte Wille zur Einigung da ist, auch der Weg zu ihr zu finden sein.

Wie jede Einigung müßte auch diese sich in der Weise vollziehen, daß nicht die eine Organisation von der anderen aufgesogen wird, sondern daß die Vertreter beider Organisationen zusammentreten, um ein neues, gemeinsames Programm und eine neue, gemeinsame Organisationsform zu vereinbaren, die ausreichende Garantien dafür enthält, daß jede beachtenswerte Strömung der Partei bei der Wahl der Funktionäre, der Pressekommissionen, bei der Auslese der Kandidaten zu den öffentlichen Körperschaften usw. ihrer Stärke entsprechend zur Geltung kommt und die Presse jedes Gebiets der entsprechenden Parteiorganisation untersteht und gegen jede Vergewaltigung durch eine höhere Instanz gesichert ist.

Derartige Bestimmungen liegen im Interesse aller Beteiligten. Denn die Mehrheitsverhältnisse in den Parteien wechseln namentlich in den jetzigen Zeiten oft sehr rasch. Wenn die Genossen der USP. die Majorisierung in der geeinigten Partei fürchten, so gehen sie von der Ansicht aus, sie vermöchten es auf keinen Fall, einen erheblichen Teil der heutigen SPD. zu sich herüberzuziehen. Sollte das stimmen, dann würden sie es erst recht nicht vermögen, wenn die Parteien getrennt blieben.

In den bald fünfzig Jahren meiner internationalen Parteitätigkeit habe ich in Spaltungen und Einigungen einige Erfahrung. Fast überall konnte ich bemerken, daß nach der Einigung fast nie die beiden Parteien als getrennte Flügel in der neuen Partei fortlebten, sondern daß die geeinigten Elemente sich neu gruppierten. Wie es in der einigen Partei schon vor dem Kriege war, wird es auch jetzt sein, es wird sich ein marxistisches Zentrum bilden, das die Mehrheit der Genossen der beiden Parteien umfaßt und das die Extreme von rechts und links einflußlos macht. Diese Extreme haben die Einigung zu fürchten, sie widerstreben ihr, aber das ist kein Grund für die anderen, sich von ihnen ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Die Einigung wird weder USP. noch SPD. vergewaltigen, sie wird beide zu einer höheren Einheit zusammenfassen und die deutsche Sozialdemokratie regenerieren, indem sie die durch die Spaltung hervorgebrachten Einseitigkeiten von rechts wie von links aufhebt die beide abstoßend wirken. Wollte man einen Vergleich aus dem sehr unpolitischen Küchenressort gebrauchen, dann könnte man sagen, Essig und Oel geben zusammen eine wohlschmeckende Mischung für den Salat. Heute bringt die Spaltung die Notwendigkeit mit sich, entweder Essig oder Oel zu genießen. Und weder das eine noch das andere allein wirkt sehr schmackhaft.

Ich spreche nicht von den Kommunisten, die weder Essig noch Oel sind, sondern Schwefelsäure. Die sind in keiner Mischung genießbar.

II.

Es ist zuzugeben, daß die Einigung nicht leicht ist, solange die eine Partei in der Koalition steht, die andere außer ihr — wenn auch nicht in Opposition. Es gehört ein starker Wille zur Einigung, eine klare Erkenntnis ihrer dringenden Notwendigkeit für die Kräftigung des Proletariats und selbstlose Hingabe an unsere große Sache dazu, die alle persönlichen Kränkungen und jeglichen persönlichen Haß zu unterdrücken vermag, die in der Aera des Bruderkrieges geboren wurden.

Leichter würde sich die Einigung gestalten, wenn beide Parteien in der Opposition ständen. Und in der Tat gibt es viele unter uns (die Redaktion der „Freiheit“ scheint auch dazu zu gehören), die sagen: Heute ist der psychologische Moment für die Einigung nicht gekommen. Warten wir ab, bis die Koalition zusammenbricht und SPD. wie USP. in der Opposition stehen. Dann ergibt sich ihr Zusammenschluß von selbst.

Diese Art des Hinausschiebens der Einigung wäre allerdings nicht sehr rühmlicher Natur. Man würde dann einen Vorgang, dessen Eintreten eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat ist, abhängig machen von einem Zufall. An dem Charakter der SPD. würde sich durch ihren gelegentlichen Austritt aus der Koalition nichts ändern. Sie würde der Koalitionspolitik dadurch nicht grundsätzlich abschwören. Man würde also die Einigung von einer reinen Aeußerlichkeit abhängig machen, die nur für sehr oberflächliche Gemüter von Bedeutung sein kann.

Man würde dadurch überdies die Einigung von einem Ereignis abhängig machen, dessen Eintreten wir nicht einmal wünschen dürfen.

Denn welches wäre die Alternative einer Koalitionsregierung? Doch nicht eine rein sozialistische Regierung? Wäre eine solche bei den augenblicklichen Machtverhältnissen möglich, dann hätten allerdings die Rechtssozialisten die Pflicht, sofort aus der Koalition herauszugehen. Dann hätten sich aber auch die Unabhängigen schwer am Sozialismus versündigt dadurch, daß sie bisher jede Gelegenheit versäumt hatten, die Koalitionsregierung zu stürzen. In Wirklichkeit haben sie daran sehr wohl getan, weil sie eben in ihrer Mehrheit sehr wohl wissen, daß eine rein sozialistische Regierung zunächst bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen unmöglich ist, an welchen Verhältnissen auch eine Neuwahl nichts bessern würde, so lange wir kein gesundes, kraftvolles Parteileben haben, wie es nur die Einigung ermöglicht. Ohne Einigung bedroht uns jede Neuwahl vielmehr mit einer Niederlage, und dem Proletariat wird es wenig helfen, daß dann jede der beiden Parteien der andern die Schuld in die Schuhe schieben wird.

Wenn aber keine sozialistische Regierung vor der Einigung möglich ist, welches ist die Alternative der Koalitionsregierung? Eine rein bürgerliche Regierung. Wird diese nicht von den Sozialisten unterstützt, gehen diese geschlossen in die Opposition, dann bedeutet das, daß die bürgerliche Regierung in vollständiger Abhängigkeit nicht nur von den Volksparteilern, sondern auch von den Deutschnationalen gerät, denn anders kann sie sich gegen eine geschlossene Opposition der sozialistischen Parteien nicht behaupten. Glaubt man wirklich den proletarischen Klassenkampf zu fördern, wenn man eine solche Konstellation unter den heutigen Bedingungen erzwingt?

Es gibt darüber zwei fundamental verschiedene Auffassungen: die eine will eine Katastrophe um jeden Preis erzwingen, glaubt, wenn es drunter und drüber geht, dann müsse die proletarische Sache gedeihen. Sie begegnet sich mit den Gewaltpolitikern von rechts, die nach einer Katastrophe verlangen, weil sie hoffen, auf den Trümmern ihre Fahne aufpflanzen zu können.

Aber die Mehrheit des deutschen Volkes hat erkannt, daß das, was uns heute am dringendsten nottut, nicht Unreife und Unsicherheit ist, sondern Sicherheit und Ordnung. Nur dann wird eine Gesundung des Wirtschaftslebens möglich, die eine dringende Notwendigkeit auch für das Proletariat ist. Die Unsicherheit der Verhältnisse nach außen und innen ist heute der größte Feind wie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, so des Proletariats.

So schaffen die ökonomischen Notwendigkeiten heute zwei große Lager in Deutschland: die Katastrophenpolitiker, die an die Gewalt appellieren, und die Verfechter der Sicherheit und Ordnung, die den Boden der Demokratie betreten haben.

Diese haben sich zusammengefunden in der Koalition. Aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit zieht sie ihre Kraft, trotz der großen Gegensätze zwischen den Parteien, die sie betreiben. Bricht die Koalition zusammen, so öffnen wir den Katastrophenpolitikern Tür und Tor. Natürlich darf man sich nicht zum Sklaven der Koalition machen, aber ebensowenig soll man sie leichtfertig unterminieren. Man kann nichts schlimmeres tun, als die Einigung von dem Zusammenbruch der Koalition abhängig zu machen. Ebensogut könnte man sagen: wir müssen bayerische Zustände bekommen. Früher einigen wir uns nicht.

Uebrigens hat man sich nicht einmal in Bayern geeinigt.

III.

Zwischen den beiden großen Lagern der Politiker der Katastrophe einerseits, der Koalition andererseits gibt es zwei Uebergangsparteien, die allerdings wohl erkannt haben, daß unsere Situation uns im Moment keine großen Umwälzungen gestattet, die aber doch im Banne der hochtönenden Katastrophenphrasen ihrer extremen Nachbarn stehen: das ist rechts die Volkspartei und links die USP.

Unsere Partei hat wohl erkannt, daß das, was das deutsche Proletariat augenblicklich braucht, gesicherte und geordnete Verhältnisse sind. Sie hat die Koalition bei diesem Bestreben unterstützt, sie ist ihr dabei in der äußeren Politik sogar vorangegangen, wie namentlich in der Frage der Unterzeichnung des Versailler Friedens, die sie nicht forderte aus Begeisterung für seine Bestimmungen, deren Furchtbarkeit und Verrücktheit wir sehr wohl erkannten. Wir traten für die Unterzeichnung nur ein, weil die Ablehnung vernichtende Unruhe und Unsicherheit gebracht und verewigt hätte.

Aus den gleichen Gründen hat die USP. die Regierung Wirth unterstützt. Sie erwartet von ihr nicht sozialistische Maßregeln — wie sollten solche möglich werden ohne eine sozialistische Mehrheit im Reichstag! Die USP. unterstützt die Regierung, weil sie von ihr am ehesten die Abwehr einer Katastrophenpolitik erwartet. Aber sie wird dabei die geistige Abhängigkeit von den Kommunisten nicht los, und so geniert sie sich, dasjenige, was an ihrer praktischen Politik wirklich verdienstvoll ist, offen zuzugestehen, wodurch sie es zum guten Teil wett macht und vor allem die Einigung verhindert.

Tatsächlich treibt die USP. ebenso wie die SPD. Koalitionspolitik. Der Unterschied der beiden Parteien ist nur der, daß die Koalitionspolitik der einen stabil ist, die der anderen labil, das heißt, jeden Moment zum Umfallen geneigt. So tragen sie in die Politik der Sicherung, die sie mit Recht betreiben, ein Moment steter Unsicherheit hinein.

Die geistige Abhängigkeit von den Kommunisten und Spartakisten, das war das Erbübel der USP. Ohne diese Abhängigkeit wäre es der USP. wohl gelungen, die Massen des deutschen Proletariats um sich zu scharen, wäre sie heute die Partei des Proletariats in Deutschland. Der kommunistische Einschlag hat fast in alles, was sie vernünftiges und verdienstliches tat, einen falschen Ton hineingebracht, der es seiner besten Wirkungen beraubt.

Wie den Kommunismus überhaupt, habe ich auch den kommunistischen Einschlag in der USP. seit ihrem Bestehen als verderblich bekämpft im Interesse der Gesundung unseres Parteilebens. Mag der Patient sich noch so unwirsch gebärden und noch so bestia um sich schlagen, das kann mich in meiner Diagnose nicht beirren.

Natürlich war ich nicht so naiv, zu glauben, ich würde mit meinem Alarmruf auf die jetzige Redaktion der „Freiheit“ oder auf die leitenden Instanzen der Partei Eindruck machen. Was ich wollte, war die der Einigung günstigen Elemente der USP. aus der Vereinzelung und Verschüchterung zu wecken, in der sie durch eine unzweckmäßige Führung gebracht wurden. Ob mir das gelingt, bleibt ab-

---

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(90. Fortsetzung.)

„Aber man bekommt es doch im Laden zu kaufen, ich hab's da gesehen!“

„Das will nichts besagen,“ erklärte er hartnäckig, „im Laden bekommt man auch Pistolen zu kaufen ...“

So war ich denn um meinen Lermontow gekommen.

Als ich nach oben ging, um mich von der Prinzipalin zu verabschieden, stieß ich im Flur auf ihre Nichte.

„Du gehst also fort?“ fragte sie mich.

„Ja.“

„Wenn du nicht von selbst gingest, würde man dich hinauswerfen,“ versetzte sie zwar nicht sehr höflich, aber wenigstens aufrichtig.

Und die betrunkene Prinzipalin meinte:

„Leb' wohl, Christus sei mit dir! Du bist ein bösartiger frecher Junge. Ich hab' zwar nichts Schlimmes von dir gesehen, aber alle sagen es, daß du nichts taugst.“

Und plötzlich brach sie in Tränen aus und sagte weinend:

„Wenn mein Gottseliger noch lebte, mein liebes, gutes Männchen — der hätte dich ordentlich durchgewalkt, dir ein paar hinter die Ohren gegeben — und dich behalten. Jetzt aber ist keiner da, der das besorgt, jetzt heißt es: Pack' dich, 'raus mit dir! O Gott, was wirst du armer Junge nun anfangen, wo wirst du dein Haupt hinlegen?“

17.

Ich fahre mit meinem neuen Prinzipal in einem Boote durch die Straßen des „Jahrmarkts“, zwischen den massiven Meßgebäuden, die durch die Ueberschwemmung bis zum zweiten Stockwerk unter Wasser gesetzt sind. Ich rudere, und der Prinzipal führt ungeschickt das Steuer; das Boot gleitet auf der stillen, trübsinnigen Flut unbeholfen schaukelnd von Straße zu Straße.

„Steht das Wasser aber diesmal hoch, weiß der Teufel! Das wird die Arbeit sehr verzögern,“ brummt der Prinzipal und zieht an seiner Zigarre, deren Rauch stark nach versengtem Tuch riecht.

„Halt!“ ruft er plötzlich erschrocken. „Wir fahren auf die Laterne!“

Er steuert zur Seite und beginnt auf das Boot zu schimpfen:

„Einen tollen Kasten haben sie uns da gegeben!“

Er zeigte mir die Stellen, an denen nach dem Fallen des Wassers die Ausbesserungsarbeiten ihren Anfang nehmen sollten. Mit den glattrasierten Backen, dem gestutzten Schnurrbart und der Zigarre im Munde sah er gar nicht wie ein Nishnij Nowgoroder Bauunternehmer aus. Er trug eine Lederjoppe, hohe, bis an die Knie reichende Stiefel und eine Jagdtasche über der Schulter; zwischen den Beinen starrt der Doppellauf eines kostbaren Jagdgewehrs empor. Jeden Augenblick rückt er unruhig an seiner Ledermütze, zieht sie in die Stirn, bläst die Lippen auf und läßt den Blick besorgt in die Runde schweifen. Dann schiebt er die Mütze in den Nacken und lächelt, an irgend etwas Angenehms denkend, in seinen Schnurrbart, was ihn viel jünger erscheinen läßt. Offenbar sind es nicht geschäftliche Dinge, die ihm, dem Vielgeschäftigen, den das langsame Sinken der Flut doch beunruhigen sollte, durch den Kopf gehen.

Mich erfüllt ein Gefühl stillen Staunens, es kommt mir so seltsam vor, diese tote Stadt mit den schnurgeraden Gebäudereihen und den verrammelten Fenstern ganz vom Wasser überschwemmt und gleichsam an unserem Boote vorüberschwimmen zu sehen.

Der Himmel ist grau. Die Sonne hat sich hinter den Wolken versteckt und leuchtet nur zuweilen als großer Silberfleck durch ihren dichten Schleier hindurch. Auch das Wasser ist grau, dazu kalt und unbewegt. Es scheint zugleich mit diesen leeren Häusern und schmutziggelb angestrichenen Ladenreihen erstarrt und eingeschlummert. Sobald die Sonne weißlich durch die Wolken schimmert, hellt alles ringsum sich ein wenig auf, die grauen Wolkengebilde spiegeln sich im Wasser, und unser Boot scheint zwischen zwei Himmeln in der Luft zu schweben. Die steinernen Gebäude scheinen zu wachsen und langsam, kaum merklich, der Wolga und Oka zuzuschweben. Zerschlagene Fässer, Kisten und Körbe, Späne und Stroh schwimmen um unser Boot herum; zuweilen gleitet eine Stange oder ein Balken, einer toten Wasserschlange gleich, vorüber.

An einer Stelle stehen die Fenster offen, auf den Dächern der Buden nebenan wird Wäsche getrocknet, ein paar Filzstiefel stehen daneben. Aus einem der Fenster blickt eine Frau auf das graue Wasser; an der Spitze eines gußeisernen Galeriepfeilers ist ein rot angestrichenes Boot befestigt, das sich wie ein riesiges Stück Fleisch im Wasser spiegelt.

Der Prinzipal macht mich auf diese Anzeichen menschlichen Lebens durch ein Kopfnicken aufmerksam.

„Hier wohnt der Jahrmarktswächter,“ sagt er. „Er kriecht aus dem Fenster aufs Dach, setzt sich ins Boot und fährt herum, um zu sehen, ob nicht irgendwo Diebe sind. Und findet er keine Diebe, so stiehlt er selbst ...“

Er sagt das so obenhin und denkt offenbar an ganz andere Dinge. Ringsum ist alles öde und still und unwahrscheinlich wie in einem Traume. Die Wolga und die Oka sind zu einem ungeheuren See zusammengeflossen. Auf dem Berge droben thront in abwechslungsreicher Buntheit die Stadt. Die zahlreichen Gärten, die die Häuser und Kirchen umgeben, prangen im ersten schüchternen Grün. Das Ostergeläut tönt laut und voll über das Wasser, das Lärmen und Tosen der Stadt dröhnt herüber — und hier, in dem überschwemmten Meßviertel, herrscht die Ruhe eines vergessenen Friedhofs.

Das Boot dreht und windet sich zwischen zwei Reihen schwarzer Bäume hindurch, wir fahren auf der Hauptlinie der alten Jahrmarktskathedrale zu. Die Zigarre beunruhigt den Prinzipal, ihn beißender Qualm behindert seinen Blick. Das Boot stößt jeden Augenblick mit dem Schnabel oder Bord gegen einen Baumstamm.

„Ein ganz verdammter Kasten!“ ruft der Prinzipal ärgerlich.

„Steuern Sie lieber nicht!“ rate ich ihm.

„Weshalb nicht?“ brummt er. „Wenn zwei Mann im Boote sind, muß den eine rudern und der andre steuern. Da, guck': die chinesischen Häuser ...“

(Fortsetzung folgt.)

zuwarten. Die „Freiheit“ kündigt zwar, gestützt auf die gezwungene Deutung eines „Vorwärts“satzes triumphierend an, daß meine Einigkeitsaktion gescheitert sei. Sie scheint das für eine sehr erfreuliche Tatsache zu halten.

Aber, liebe Freunde, noch seid Ihr mich nicht los.

Dieses war der erste Streich,
Doch der zweite folgt sogleich.

Binnen wenigen Tagen wird ein Buch von mir erscheinen über die „proletarische Revolution und ihr Programm“, das hoffentlich dafür sorgen wird, daß die Diskussion darüber nicht gleich wieder abreißt, ob die programmatischen und taktischen Bedingungen einer Einigung gegeben sind.

Die Aufnahme, die das Buch finden wird, soll mir zeigen, ob ich noch erwarten kann, für mein Wirken zugunsten der Einigung in der USP. Boden zu finden. Was ein Theoretiker tun kann, habe ich dann getan. Mögen nun die andern das ihrige tun.

* * *

Erwiderung der Redaktion

Würde Genosse Kautsky sich nicht mit einem gewissen Recht darauf berufen können, von uns zu einem Vorschlage über die Einigung aufgefordert zu sein, so würden wir seinen neuesten Einigungsartikel zurückgewiesen haben. Sachlich enthält er keine neuen Gedanken zum Einigungsthema und nach den aus den Kreisen unserer Parteigenossen an uns gelangenden Mitteilungen wünschen sie, daß endlich einmal Schluß gemacht wird mit der praktisch nutzlosen Debatte. Der Ton des heutigen Kautsky-Artikels ist zweifellos ruhiger und parteigenössischer als der seines Artikels vom 8. Juni. Nur der Schluß des Artikels macht einen peinlichen Eindruck. Er drängt den Gedanken auf, daß Kautskys Einigungskampagne im jetzigen Augenblick nur dem Reklamebedürfnis für sein neuestes Buch entsprungen sei.

Wer von Kautsky praktische Einigungsvorschläge in dem von uns erläuterten Sinne erwartet hat, wird von seinem Artikel schwer enttäuscht sein. Er schiebt die Aufstellung praktischer Vorschläge ab auf „die Vertreter beider Organisationen“ und erklärt, „was ein Theoretiker tun kann, getan zu haben“. Das ist zwar sehr bequem, bringt uns jedoch der Einigung keinen Schritt näher. Es enthält allerdings das Eingeständnis, daß auch Kautsky die Quadratur des Zirkels nicht finden kann.

Wir haben von vornherein erklärt, daß eine Einigung solange leider nicht möglich sei, als die Rechtssozialisten in der Koalition mit kapitalistischen Parteien verharren, statt sich gleich uns auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zu stellen. Kautsky dagegen sieht in einem Zusammenbruch der Koalition das größte Unglück, weil dann die Katastrophenpolitiker der Rechten ans Ruder kommen müßten. Diese Angst vor einer offenen Rechtsregierung hat Kautsky mit den Rechtssozialisten gemein, die in der Koalition die Schrittmacher und Schildhalter der verkappten Rechtsregierung sind. Wenn Kautsky meint, man dürfe sich nicht erst einigen, wenn bayerische Zustände da seien und hinzufügt: „Uebrigens hat man sich nicht einmal in Bayern geeinigt“, so weiß er offenbar nicht, daß gerade die Rechtssozialisten, die Auer und Genossen in München, von einer Einigung nichts wissen wollen.

Wie sehr die Rechtssozialisten durch die Koalition an die Reaktion gekettet sind, hätte Kautsky gestern im Reichstage wieder erleben können, wo sie gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien gegen unseren Antrag stimmten, sofort Stellung zu nehmen gegen die reaktionären Machenschaften zur Beseitigung der Republik, und gleichzeitig in derselben trauten Gemeinschaft dafür stimmten, die Zwangsanleihe von der Tagesordnung abzusetzen, um Zeit zu einem Kuhhandel hinter den Kulissen über Zwangsanleihe und Umlageverfahren zu gewinnen. Das ist die tägliche Praxis der Rechtssozialisten in der Koalition, von der Kautsky in seiner Studierstube allerdings unberührt bleibt, mit der die im Kampfe stehenden Genossen sich aber unausgesetzt herumzuschlagen haben. Darum denken sie auch anders über die praktischen Einigungsmöglichkeiten wie Kautsky.

Wir hätten von einem Mann wie Kautsky nicht erwartet, daß er die Politik der USPD. deshalb für inkonsequent und nicht grundsätzlich oppositionell erklärt, weil die Partei nicht Tag und Nacht darauf sinnt, die Regierung zu „stürzen“, sondern sie sogar in verschiedenen Situationen „gerettet“ hat. Das Proletariat hat in seinem Emanzipationskampfe neben der revolutionären auch eine konservative Aufgabe zu erfüllen: die Erhaltung und Sicherung der dürftigen Anfänge der Demokratie, des Kampfbodens, auf dem der Klassenkampf am wirksamsten ausgefochten werden kann. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe kann unsere Partei zeitweise gemeinsam operieren mit bürgerlichen Schichten und deshalb auch die Koalitionsregierung als kleineres Uebel stützen, solange nicht die Rechtssozialisten den Mut aufbringen, aus der Koalition auszutreten und entweder zu einer gemeinsamen sozialistischen Regierung oder zur Einnahme einer gemeinsamen Oppositionsstellung mit uns bereit sind. Trotz Fehlens dieser beiden Voraussetzungen die Regierung stürzen, könnte für die USP. nur dann Sinn haben, wenn die SPD. dadurch an unsere Seite gezwungen werden könnte. Wir fürchten aber, daß dieser Erfolg ausbleiben würde!

Kann Kautsky ihn verbürgen, sind wir sofort bereit, die Regierung zu stürzen. Ein einiges und geschlossenes Proletariat braucht sich vor keiner Rechtsregierung und keiner Reaktion zu fürchten.

So wenig wir blindlings Regierungsstürzerei betreiben, so wenig können wir aufgeben in der konservativen Aktion zur Sicherung des Errungenen und auf die revolutionäre Tätigkeit im sozialistischen Sinne verzichten. Der revolutionäre Charakter des Proletariats muß auch dort zum Durchbruch kommen, wo es momentan konservativ wirkt; es kann seine Kräfte nur entwickeln und vermehren in revolutionärem Handeln und revolutionärer Propaganda, es untergräbt die Wurzeln seiner eigenen Kraft, wenn es sich auf die Rolle eines konservativen Gardisten gegen die Reaktion beschränkt.

Wenn deshalb in unseren Reihen Stimmen laut werden, die eine Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien befürworten, so mögen sie sich furchtbar modern vorkommen, tatsächlich sind sie nichts als Atavismus, ein Rückfall in Ideen, deren tatsächliche Grundlagen bereits in der Zeit von 1866 bis 1870 beseitigt wurden, Ideen, die heute keine andere Grundlage mehr finden, als fromme Wünsche. Um eine solche Koalitionspolitik zu ermöglichen, müßte unsere Partei selbst erst die dazu nötige bürgerliche Demokratie schaffen, die heute weniger denn je vorhanden ist. Oder will Kautsky uns etwa erzählen, nach dem Kriege und der Revolution sei eine solche bürgerliche Demokratie vorhanden? Dann mag er sich zu Gemüte führen, was der „Vorwärts“ dieser Tage sehr treffend — im Feuilleton (!) — über Kapp Vater und Sohn schrieb: „In den beiden Generationen dieses Vaters und Sohnes ist die Entwicklung des deutschen Bürgertums typisch verkörpert: der Vater Republikaner, Revolutionsmann, zum Schluß Freisinniger, der Sohn Monarchist, Putschist, „deutschnational“. Weil dem so ist, weil keine „bürgerliche Demokratie“ da ist, deshalb kann uns heute nicht Koalitionsdiplomatie vorwärts bringen, sondern nur noch Massenaktion, und zwar organisierter Massen. Die Massenhaftigkeit und die Organisation, das sind die Waffen, die der ökonomischen Situation des Proletariats entsprechen, durch die allein es sich zu behaupten und zu siegen vermag, organisierte und disziplinierte, gewerkschaftliche und politische Massenaktionen.

Absolute organisatorische und politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats ist die Vorbedingung solcher Massenaktionen. Deshalb ist die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten jetzt das Haupthindernis proletarischer Massenaktionen und der proletarischen Einigung. Das liegt klar zutage. Die Staatsgewalt ist überall und auch heute in Deutschland ein Organ der kapitalistischen Klassenherrschaft. Der Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und der besitzenden Klasse ist aber so gewaltig, daß das Proletariat nie mit einer besitzenden Klasse zusammen im Staate herrschen kann. Die besitzende Klasse wird stets verlangen und in ihrem Interesse verlangen müssen, daß die Staatsgewalt fortfahre, das Proletariat niederzuhalten. Dagegen wird das Proletariat von einer Regierung, an der seine eigene Partei beteiligt ist, stets verlangen, daß die Staatsgewalt ihm in seinen Kämpfen gegen das Kapital beistehe. Daran muß jede proletarisch-bürgerliche Koalitionsregierung scheitern.

Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Koalitionsbrüder eingeengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.

Gerade jenes Moment aber, das schon vor dem Weltkriege die Revolution immer wieder hinausgeschoben hat, das Verkommen der bürgerlichen Demokratie, schließt erst recht ein ersprießliches Zusammenwirken mit ihr zur Gewinnung und gemeinsamen Ausübung politischer Macht aus. Diese auch ihm längst geläufigen Erkenntnisse sollte doch Kautsky heute nicht völlig vergessen oder vergessen wollen. Er weiß doch so gut wie wir, daß heute das Zentrum und die Demokratische Partei in ihren maßgebenden Schichten nur politische Repräsentanten der katholischen und jüdisch-liberalen kapitalistischen Kreise sind, die früher von den stockpreußisch-protestantischen Machthabern aus Futterneid von der Machtausübung ferngehalten wurden und daß sich jetzt unter dem Deckmantel der Koalitionspolitik lediglich der Ausgleich zwischen diesen früher künstlich zurückgehaltenen mit den seit jeher an der Krippe und in der Macht sitzenden Schichten vollzieht, so daß der Zeitpunkt naht, an dem sich das Dichterwort erfüllet: „Und in den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude“. Für die Rechtssozialisten in der Koalition heißt es dann: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen!“ Wir wünschen, daß die rechtssozialistischen Arbeiter schon vorher zur Einsicht kommen und sich mit uns auf den gemeinsamen Boden des Klassenkampfes stellen. Möge Kautsky uns helfen, dieses Ziel zu erreichen. Dann ist auch die Einigung da.

Neue Versuche zur Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau

Die Reichsregierung gibt ihre Versuche, die Bergarbeiter zur Verlängerung der Arbeitszeit zu drängen, noch nicht auf. Aber die Mittel, deren sie sich dabei bedient, sind die verwerflichsten. Sie glaubt, mit Hilfe des WTB. die Bergarbeiter dadurch „anfeuern“ zu können, daß sie ihnen vorhält, in anderen Ländern sei die Arbeitszeit der Bergarbeiter länger als in Deutschland. Die Vereinigten Staaten kannten überhaupt keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Leider! Aber ist das ein Grund, hier die Arbeitszeit zu verlängern? In England werde in den Bergwerken täglich 37 Minuten länger gearbeitet als in Deutschland. Denkt die deutsche Regierung nicht daran, daß die englische Arbeiterschaft auch vor dem Kriege durch die bedeutend höheren Löhne viel besser gestellt war hinsichtlich des Ersatzes der verbrauchten Körperkräfte? Denkt sie nicht daran, daß auch der Krieg die englische Arbeiterschaft bei weitem nicht so in Ernährungsnöte stürzte und ihren Körper bei weitem nicht so zerrüttete, wie es die Arbeiter in Deutschland ertragen mußten? Denkt sie nicht daran, daß selbst die höchstmöglichen Löhne in Deutschland nicht im entferntesten dem deutschen Arbeiter solche Ernährungsmöglichkeiten bieten, wie dem englischen Arbeiter die dortigen Löhne? Und müssen Deutsch-Oesterreich und die Tschechoslowakei, wo die Arbeitszeiten länger sind als in Deutschland, gerade hierin als Muster dienen? Die Bergarbeiter werden sich sicher von diesen Argumenten nicht einfangen lassen. Sie wissen, was sie sich und der gesamten Arbeiterschaft hinsichtlich der einmal errungenen Arbeitsbedingungen schuldig sind. Die Regierung mag sich in ihrer Not an andere Kreise wenden, als an die ohnehin überreichlich sowohl mit Arbeit als mit öffentlichen Lasten bepackten Arbeiter.

---

20 Millionen Mark Geldstrafe. Wegen unerlaubter Einfuhr von Textilwaren aus der Schweiz im Werte von fünf Millionen Mark wurde der Schweizer Kaufmann Betz in St. Gallen von der Strafkammer in Ravensburg zu zehn Millionen Mark Geldbuße und vier deutsche Komplizen zu je 2½ Millionen Mark verurteilt.

Die Religion des prähistorischen Menschen

Für die Religion des prähistorischen Menschen veröffentlicht Bertram C. A. Windle in der „Dublin Review“ eine ausführliche Untersuchung, in der er aus den Funden der Urzeit Schlüsse über das Vorstellungsleben jener ältesten Menschen zu ziehen sucht. Wenn es auch kaum möglich erscheint, über den Ursprung der Religion etwas Genaueres auszusagen, so ist es doch möglich, über den Inhalt der ersten religiösen Ahnungen einige Anhaltspunkte zu gewinnen.

Man kommt der Sache näher durch die Beobachtung der Begräbnissitten. Von den allerfrühesten Gräbern, die uns bekanntgeworden sind, den weit zurückführenden von Chapelle aux Saintes in Frankreich bis zum Ende der prähistorischen Zeit und natürlich auch in späterer Zeit zeigt sich überall die Sitte, die Toten mit ihren Geräten oder mit Nahrungsmitteln oder anderen Gebrauchsgegenständen zu begraben. Diese allgemein verbreitete Gewohnheit unter den ersten Menschenrassen beweist, daß sie an ein Ueberleben des aktiven Elements der Persönlichkeit, der Seele, wie wir sie nennen, glaubten. Sie zeigt ferner, daß man sich dieses Ueberleben in einer Welt, die im wesentlichen ebenso war wie die zu Lebzeiten bewohnte, vorstellte. Der Hund kann jederzeit seinen Weg nach Hause finden, während das kleine Kind sich leicht vom rechten Wege verirrt. Starb also ein Kind, so begrub man einen Hund mit ihm, wobei jedenfalls angenommen wurde, daß der Hund das Kind sicher zum Lande der Seelen führen würde.

Diese Sitte findet sich bei den ältesten wie bei den jüngeren Urvölkern. Die Scythe waren große Reiter; wurde einer ihrer Häuptlinge begraben, so gab man ihm eine Schar Pferde und Reiter mit, die aus diesem Anlaß getötet wurden. Der Normane war ein Seemann, und er begrub seinen Führer in einem Schiff mit seiner Mannschaft von Kriegern, die ihm in der andern Welt weiterhin Gefolgschaft leisten sollten. Der tote Römer erhielt eine Münze für Charon, die ihm zwischen die Lippe geklemmt wurde. In Chapelle aux Saintes hat der Begrabene seine Flintwerkzeuge, seine Nahrung und seine rote Farbe mit, so daß er sich selbst bemalen und in würdigem Aufzug im Reich der Toten erscheinen kann. Man steht mit Ueberraschung vor der Entdeckung dieser Sitte und vor der Tatsache, daß sie und die damit verknüpften Vorstellungen schon während der letzten Periode der Eiszeit vorhanden waren.

Die Frage ist nun, ob der prähistorische Mensch nicht nur an ein künftiges Weiterleben glaubte, sondern auch schon den Totenkult, die Verehrung der wirklichen oder mythischen Ahnen kannte. Trotz aller sorgfältigen Nachforschungen läßt sich kein Anhaltspunkt dafür finden, daß dies in irgendeiner Form der Fall war.

Windle untersucht weiter die ersten Aeußerungen des Kunsttriebes aus der Urzeit, Schnitzereien, Zeichnungen auf Stein, Knochen und Horn, Malereien auf Felsen und Flachreliefs und führt aus, daß diese symbolischen Darstellungen, die gewöhnlich in Höhlen gefunden werden, den Zaubereien dienten, die von Männern ausgeführt wurden, die ausdrücklich für diesen Zweck bestimmt waren, daß es also schon eine Priesterkaste gab, deren Mitglieder die Lehrer in diesen Kunstfertigkeiten waren.

Wie bekämpft man Gewitterfurcht?

Das großartige und furchtbare Naturschauspiel eines starken Gewitters ist gewiß geeignet, dem Menschen seine Kleinheit vorzuführen und in ihm ein Gefühl der Furcht zu erwecken. Deshalb findet man die Gewitterangst unter den primitiven Völkern vielfach verbreitet, eben weil sie die verheerenden Wirkungen des Blitzes kennen und unter ihnen schon schwer gelitten haben. Bei unsern Kindern aber dürfte die Gewitterfurcht nichts Primäres sein, denn der zivilisierte Mensch hat ja auch den Kampf mit den Mächten des Gewitters aufgenommen und, wie es von dem Erfinder des Blitzableiters, Franklin, heißt, „den Blitz dem Himmel entrissen“. Während die Vögel verstummen und die Natur gleichsam ihren Atem anhält bei diesem erschütterndem Drama, steht der normale Europäer dem Gewitter ohne große Besorgnis gegenüber, denn er weiß, daß dieses gewaltige Aufgebot von Mitteln verhältnismäßig harmlos verläuft und daß er in einem Gewitter keine größere Gefahr läuft, als etwa bei einer Autofahrt auf schlechtem Wege. Die Gewitterfurcht beruht, wie ein Arzt des näheren ausführt, auf reiner Suggestion, auf die besonders empfindliche Nerven stark reagieren, und so wird man das Auftreten der Angstsymptome bei Kindern hauptsächlich dann finden, wenn ihnen irgendwie „Angst gemacht“ worden ist. Ueberhaupt wirkt auch bei Erwachsenen dieses Angstmachen entscheidend zur Entstehung der Gewitterfurcht mit. Der nervöse Leser und noch mehr die nervöse Leserin, die abends in der Zeitung lesen „Gewiterbildung bevorstehend“, fühlen bereits ein leichtes Frösteln im Rücken und sind so in die rechte Stimmung versetzt, um das Heraufziehen der dunklen Wolkenwände, das gespenstische Aufzucken des Wetterleuchtens am Horizont, das dumpfe Dröhnen der fernen Donner mit gemischten Gefühlen zu erwarten.

Das beste Mittel zur Bekämpfung der Gewitterfurcht ist die Vermeidung einer jeden Vorbereitung. Man soll nicht die Fenster und Türen ängstlich zumachen, um den Blitz fernzuhalten, oder umgekehrt alles aufreißen, weil eine andere Theorie das für sicherer hält; man soll nicht die Spiegel an den Wänden umdrehen und Messer und Gabel nicht in die Hand nehmen, wie es der Aberglaube befiehlt; man soll sich nicht in eine Ecke setzen und mit zitterndem Herzen das Hereinbrechen der Katastrophe erwarten. Man vermeide vielmehr alle solche suggestiven Vorkehrungen, denke möglichst wenig an das Gewitter und beschäftige sich in der gewöhnlichen Weise. Am besten unternimmt man irgendwelche leichteren Arbeiten, wie Briefe schreiben, Arbeit an der Schreibmaschine usw. Selbstverständlich muß man alle Gedanken an frühere durch das Gewitter verursachte Unglücksfälle, an Geschichten der Art, die man gehört hat, fernhalten. Eine solche Geistesdisziplin ist das beste Mittel gegen Gewitterfurcht.

Rentierzucht in den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollen, um die Lösung der recht schwierigen Fleischversorgungsfrage zu erleichtern, lappländische Renntiere akklimatisieren und haben bereits Versuche mit einer Herde von 100 Stück angestellt, die aus Lappland eingeführt worden ist. Man hat eigens Lappländer nach Amerika kommen lassen, um die Bevölkerung in der Pflege der Renntiere zu unterweisen. Die Tiere, die auf einem großen Gebiet im Staate Michigan untergebracht worden sind, scheinen sich wohl zu fühlen und vertragen das Klima sehr gut. Man setzt in Amerika beträchtliche Hoffnungen auf die Renntierzucht.

Roter Schnee. Einer der seltenen Fälle, in dem das Niedergehen von rotgefärbtem Schnee beobachtet wurde, wird von dem Lyoner Professor Depéret in einem Bericht der Pariser Akademie der Wissenschaften erörtert. Es handelt sich um eine Naturerscheinung am 13. März 1922, bei der in der Nähe von Briançon ein starker Fall von rotem Schnee beobachtet wurde. Eine Analyse der Schneeflocken zeigte, daß sie Ockerstäubchen enthielten. Woher kam nun dieser Ocker? Es war keine Asche von einem Vulkan, sondern man nimmt an, daß die Stäubchen durch einen gewaltigen Sirocko nach der Umgegend von Briançon geweht wurden. Ob diese Stäubchen freilich aus der Sahara stammen, wie behauptet wurde, ist sehr zweifelhaft.

Entdeckung eines unbekannten Fossils. Die wissenschaftlichen Leiter des Museums in La Plata teilen in der Presse mit, daß soeben in Nordpatagonien ein Fossil entdeckt worden sei, das der Wissenschaft bisher völlig unbekannt geblieben ist. Es handle sich um einen Fund von größter wissenschaftlicher Tragweite, nämlich um das vollkommen erhaltene Skelett eines ungeheuren Krokodils, das der Sekundärzeit angehört. Die bedeutsame Entdeckung wurde in der Umgebung der Stadt Rio Negro gemacht.

Groß-Berlin

Dubrow-Forst und Teupitz-Gewässer

Ueh! Steck' einen „Blauen" in die Westentasche, wenn du mit Dampfer oder Motor die herrlichste märkische Wasserfahrt über Wusterhausen durch die Dubrow nach Teupitz machen willst. Früher hatt's ganze zwei Mark gekostet. Sechs Stunden hin und ebensoviele zurück mit nur zwei Stunden Landaufenthalt. Da geht der ganze Tag drauf. Aber man hat famose Natureindrücke, staunt immer wieder, wie schön doch die von Unkundigen gelästerte Mark ist, langweilt sich nicht einen Augenblick. Wenn nur die „Blauen" bei uns Proletariern für solchen Amüsierzweck loser säßen! So müssen die meisten Naturfeinschmecker heute auf diese wundervolle Wasserfahrt verzichten und einen der zahlreichen Landwege einschlagen, wobei dann freilich an einem Tage nur die Hälfte der Tour zu schaffen ist, selbst wenn man bis Wusterhausen oder noch weiter mit der Bahn fährt. Man legt am besten ein paar Papiermärkr drauf, benutzt in aller Frühe vom Görlitzer Bahnhof oder mit Anschluß von Johannestal den Fernzug Berlin—Teupitz—Lübbenau und nimmt Sonntagsfahrkarte bis Groß-Köris, das der vorteilhafteste Ausgangspunkt für die Durchwanderung des Dubrowgebietes ist. Kleine Kinder sollen aber nicht mitgenommen werden. Das ist für die jungen Beine noch nichts. Auch Frauen halten nur durch, wenn sie wanderrüstig sind. Du hast nun von Groß-Köris die Wahl; entweder weiter östlich nach Teupitz zu marschieren und den ganzen herrlichen Teupitzer See zu umgehen, vielleicht noch einen Abstecher nach den Berghöhen um Sputendorf und Töpchin zu machen, oder im Bogen rückwärts zu wandern über Forsthaus Neubrück mitten durch die Laubwälder der Dubrow immer an ihren prachtvoll stillen Seen entlang, das reizende Prieros kreuzend, endlich über Grabendorf, Gussow und Senzig nach Wusterhausen. Das sind aber sechs bis sieben Stunden. Ein dritter, etwas billigerer Weg führt dich mit dem Fernzug nur bis nach Groß-Besten. Du durchwanderst dich möglichst in der Nähe der Waldchaussee haltend, die Dubrowforst auf der anderen Seenseite und gelangst über die Brücke zwischen dem Köriser und Hölzernen See nach dem schon erwähnten Forsthaus Neubrück. Die mehr berüchtigten als berühmten Reiherforste an der Smölde, wo einst das Hohenzollerngelichter, weil es nichts anderes zu tun hatte, alljährlich die schönen schlanken Luftsegler zu Dutzenden herunterknallte, brauchen dich nicht sonderlich zu reizen. Man sieht die Reiher gern über den See streichen und nach Fischen jagen, aber ihre Horste mit der Unzahl verwesender Fischreste auf der Erde sind wahre Dreckstätten, an denen die Waldschönheit längst erstorben ist. Im übrigen gilt auch von dem köstlichen Naturzauber der Dubrow, was der Dichter singt:

Wo Sumpf und Lache einst gebrodelt,
Ist alles in Teppich umgemodelt,
Ein Riesenteppich, blumengeziert,
Viele Meilen im Geviert . . .

Man muß das gesehen haben und soll sich gerade heute vor Augen halten, daß solche Waldtour trotz der erhöhten Fahrgelder viel billiger und genußreicher ist als das Schmoren im menschenüberfüllten Biergarten dicht beim großen Spree-Wasserkopf.

Preußische Richter versagen nie

Der rote Sonntag in Potsdam Die Vorgänge in Potsdam, bei denen zwei Arbeiter erschossen worden sind, beschäftigte gestern die 12. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten von Potsdam, von Zitzewitz und des Polizeiwachtmeisters Wolf waren die Redakteure der „Roten Fahne" Richard Janus und Hans Pfeifer angeklagt. Am 28. August war in Potsdam eine „Tannenberg-Feier" seitens des Deutschnationalen Jugendbundes angekündigt. Diese fand auf polizeiliche Anordnung nicht unter freiem Himmel, sondern in der Luftzeug-Halle statt. Als Gegendemonstration und gleichzeitig als Protestdemonstration gegen die Ermordung Erzbergers war von den vereinigten sozialistischen Parteien Berlins und Potsdams ein Demonstrationszug in Potsdam angesetzt worden. Diese Demonstrationszüge verliefen ruhig und geordnet; nur an einer Stelle kam es zu einem Konflikt mit zwei Soldaten der Reichswehr, die, wie behauptet wird, so bedrängt wurden, daß sie ihr Heil in der Flucht suchten. Der eine Soldat lief in das Haus des Ober-Rechnungshofes, gefolgt von einer Anzahl der Demonstranten. Um dem Soldaten zu Hilfe zu kommen, stürzte der Polizeiwachtmeister Wolf auch auf das Haus zu und in dieses hinein, während andere Personen gleichfalls in das Haus drängten. Im Anschluß hieran wurden aus der wieder sich öffnenden Tür von dem Wolf drei oder vier Schüsse abgegeben, durch welche zwei Arbeiter getroffen und getötet wurden. — Ueber diese Vorgänge brachte die „Rote Fahne" auf Grund zahlreicher schriftlicher und mündlicher Berichte von Teilnehmern drei Artikel unter den Ueberschriften „Potsdamer Arbeiter zur Ermordung ihrer Genossen", „Die Potsdamer Polizei für die Rädelsführer" und „Bayerische Zustände in Potsdam". In den Artikeln wurde ausgeführt, daß hier ein glatter Mord vorliege und damit Angriffe gegen die Potsdamer Polizei und den Polizeipräsidenten verbunden. Dem letzteren wurde u. a. vorgeworfen, daß er nicht so schnell wie möglich für restlose Aufklärung der Vorgänge gesorgt und sofort eine eingehende Untersuchung veranlaßt habe usw. — Zu der Verhandlung waren zahlreiche Zeugen geladen, besonders berufen sich die Angeklagten auf eine große Anzahl von Augenzeugen des Vorfalls. — Oberwachtmeister Wolf behauptete, daß er die Schüsse in der größten Notwehr abgegeben habe. Als er das Haus der Oberrechnungskammer habe betreten wollen, sei er zu Boden gefallen und dann von nachdrängenden Leuten mißhandelt worden. Man habe auf ihn getreten, mit Stöcken auf ihn losgeschlagen und ihm so heftige Schläge über den Kopf versetzt, daß er fast besinnungslos geworden sei. Schließlich habe er in dieser Bedrängnis zu seinem Revolver gegriffen und zu seinem Schutze die Schüsse ziellos abgefeuert. — Die gegen den Oberwachtmeister Wolf von der Potsdamer Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung hat selbstverständlich mit der Einstellung des Verfahrens geendet, da als erwiesen angesehen wurde, daß Wolf in dringender Notwehr befunden wurde, daß Wolf sich in dringender Not sich befunden habe. — Staatsanwaltschaftsrat Grau hielt die erhobenen Beleidigungen für sehr schwer, sowohl in persönlicher, wie in dienstlicher Beziehung. Gegen den Angeklagten Pfeifer beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung, da dieser den Nachweis gebracht hatte, daß er für den ihm zur Last fallenden Artikel nicht verantwortlich sei, gegen den Angeklagten Janus dagegen 3 Monate Gefängnis, da der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei. — Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn führt dagegen aus, daß das ganze tragische Ereignis auf die jugendliche Unbesonnenheit des Zeugen Wolf zurückzuführen sei, der in dem Hause des Oberrechnungshofes durchaus sicher gewesen sei und gar keine Veranlassung gehabt habe, plötzlich blindlings loszuschießen. Wenn es auch nicht zutreffend sei, daß ihm ein „Mord" zum Vorwurf gemacht werden könne, so bleibe doch der Vorwurf des Totschlages übrig. Für die formellen Beleidigungen sei eine Gefängnisstrafe sicher nicht am Platze. — Nach längeren politischen Ausführungen des Angeklagten Janus sprach der Gerichtshof den Angeklagten Pfeifer frei und verurteilte Janus zu der gesetzlich höchst zulässigen Geldstrafe von 2500 M. und sprach den Beleidigten die Publikationsbefugnis zu.

Geistliche im Irrenhause

Wie berichtet, ist im Haushaltausschuß der Stadt Berlin der Antrag der Rechtsparteien, die seit zwei Jahren gestrichenen Kosten für Seelsorge in den städtischen Krankenhäusern und Irrenanstalten mit 250 000 M. wieder in den Etat einzustellen, mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden. Die Befürworter dieses Antrages scheinen nicht zu wissen, wie es mit der „Seelsorge" in den Anstalten bestellt ist. In den Berliner Irrenanstalten war der Gottesdienst seit Jahrzehnten eine Farce. Von innerer Anteilnahme konnte eigentlich gar keine Rede sein oder allenfalls bei den an religiösem Wahn leidenden Kranken, die der Gottesdienst regelmäßig erregte. Die übrigen nahmen nur teil, weil bei dieser Gelegenheit die Geschlechter sich ebenso zusammenfanden wie bei einem Winterfest oder einem Anstaltsball. Leute, die draußen niemals eine Kirche aufsuchen, drängen sich hier zum Gottesdienst. Wer will, kann den Geistlichen sprechen. Auf den Stationen werden aber die Geistlichen im allgemeinen nicht zugelassen. Fast alle Irrenärzte sind gegen diese Anstaltstätigkeit der Geistlichen, weil man Geisteskranke nicht mit Bibelsprüchen heilen kann. In den anderen städtischen Krankenhäusern sind manche Kranke aus Angst vor dem Tode zwar geneigt, sich mit den Geistlichen einzulassen, fallen aber nach der Genesung prompt wieder in ihre alte kirchliche Gleichgültigkeit zurück. Nicht selten erregt sogar der Besuch des Geistlichen gewisse Kranke, die nicht nach ihm gerufen haben und von der Kirche, ohne aus ihr ausgeschieden zu sein, nichts wissen wollen.

Eine Extra-Hunde- und Katzensteuer als Mietzuschlag

Der Beamten-Wohnungs-Verein hat, wie aus der Hausgruppe in Johannistal gemeldet wird, für seine Mieter die vielumstrittene Hundesteuer, die jetzt bekanntlich durch Magistratsbeschluß jährlich 300 M. beträgt, aus eigener Machtvollkommenheit und für die eigene Steuerkasse noch um 200 M. erhöht. In den städtischen Körperschaften war der Antrag, jeden Hund mit mindestens 500 M. zu besteuern, nicht durchgegangen, aber der Wohnungs-Verein stellt die Antragshöhe durch einen Zuschlag wieder her und setzt außerdem noch für das Halten jeder Katze eine Jahresabgabe von 100 M. fest. Diese Beträge sollen vom 1. Juli 1922 ab vierteljährlich zugleich mit der fälligen Miete eingezogen werden. Ob ein Wohnungs-Verein, der doch gemeinnützig sein oder wenigstens auf genossenschaftlicher Grundlage arbeiten will, unter dem geltenden Wohnungsrecht zu einer solchen Schöpfung seiner Mieter berechtigt ist, kann sehr zweifelhaft sein. Allerdings ist er, wie nach fast allen sonstigen Mietsverträgen in Groß-Berlin, berechtigt, den Mietern das Halten von Hunden und Katzen zu untersagen. Manche Hauswirte gehen gegen das übermäßige Halten von Hunden schon dadurch vor, daß sie in ihren Häusern nur eine beschränkte Anzahl von Hunden dulden.

Beamtenüberfluß in Berlin

Im Haushaltsausschuß wandten sich alle Parteien gegen den Beamtenüberfluß und gegen die bürokratische Schwerfälligkeit des Berliner Verwaltungsapparates. Sowohl der Kämmerer als auch der Stadtsyndikus gaben in eingehenden Erklärungen zu verstehen, daß sie diese Beschwerden für durchaus berechtigt halten. Sie stellten in Aussicht, daß eine systematische Revision aller Abteilungen auf die Notwendigkeit der Beamtenstellen stattfinden solle und außerdem der innere Geschäftsgang einer radikalen Vereinfachung unterzogen werden soll. Der Ausschuß wird jedenfalls die für die Bezirke mit 76 Millionen angeforderten Beamtenstellen entweder ganz ablehnen oder sehr starke Abstriche vornehmen. Ebenso soll die Beförderung von Werksangestellten zu Beamten bereits jetzt eingestellt werden. Die Einzelheiten der Berliner Beamtenfragen wird ein neues Berliner Ortsgesetz nach den Stadtverordnetenferien regeln.

Der Bau des neuen Schlachthofes

Nach den Mitteilungen, die im Haushaltsausschuß gemacht wurden, ist die Finanzierung des Schlachthofes noch unsicher. Es liegt ein dänisches Angebot vor, das für die Stadt mit starkem Valutarisiko verbunden ist. Die beteiligten hiesigen Kreise, denen es an Geld doch gewiß nicht mangelt, sind — wie wir das ja leider gewöhnt sind — sehr zurückhaltend. Dabei schädigen sie sich damit selbst. Im Interesse der Bevölkerung wäre es zu wünschen, daß möglichst bald der Bau zustande käme. Der Magistrat sicherte Beschleunigung zu.

Wohnungen für Schwerkriegsbeschädigte

Das Bezirksamt (Charlottenburg) gibt bekannt:

Infolge der Verlegung der Insassen des Versorgungslazaretts Thüringer Allee in das Lazarett Tempelhof sind Schwerkriegsbeschädigte (Amputierte) gezwungen, sich in Charlottenburg eine Wohnung zu suchen, weil die Lage ihrer Arbeitsstelle ihr Verbleiben in Charlottenburg notwendig macht. Alle bisherigen Versuche, eine passende Wohnung zu finden, sind erfolglos geblieben. Es ergeht daher die öffentliche Bitte, für die Unterbringung dieser Schwerkriegsbeschädigten eine Anzahl günstig gelegener Zimmer — möglichst Parterrezimmer — zur Verfügung zu stellen. Umgehende Meldungen werden erbeten an die Familienfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Stadtschloß, Charlottenburg, Luisenplatz, Zimmer 16. — Telefon-Anruf Amt Wilhelm, Bezirksamt Charlottenburg Nr. 872.

Einschränkung der Portierwohnungen

Die unerquicklichen Verhältnisse, die sich in Groß-Berlin auf dem Gebiete der Hausreinigung dadurch entwickelt haben, daß nicht wenige Portierleute eine solche Stellung nur annehmen, um eine Wohnung zu erhalten, und dann nach einiger Zeit die Lust an ordnungsmäßiger Hausreinigung verlieren, veranlassen jetzt immer mehr Hauswirte, die Portierwohnung wie jede andere freie Wohnung zur Verfügung des Wohnungsamtes zu halten und einen Hausreiniger ohne Wohnung im gleichen Hause anzunehmen. Sobald Mißhelligkeiten zwischen Hauswirt, Portier und Mietern eintraten, war der Hausreiniger gewöhnlich nicht ohne Räumungsklage aus der Portierwohnung herauszubekommen. Das führte dann zu neuen häßlichen Auftritten, auch zu unvermeidlichen Härten, während das Haus wochen- und monatelang gerade in der notdürftigsten Weise gereinigt wurde. Auch die Mieter sind mit der neuen Regelung ganz einverstanden und erklären sich hier und da bereit, gewisse leicht zu erledigende Arbeiten, wie am Abend das Einschalten und Anzünden des Treppenlichtes und das Hausschließen selbst zu übernehmen. Die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte ohne Wohnung im Hause macht zwar noch Schwierigkeiten aber mit der Zeit dürfte sich die Aenderung doch wohl durchsetzen.

Christus im Zylinderhut

Louis Häusser, der wegen seiner stark ins Geschäftliche schillernden religiösen Vortragsphantastereien aus verschiedenen süddeutschen Landesteilen ausgewiesene moderne Heiland, hat sich nach seiner Hinausekelung aus Hamburg auch wieder einmal in die Nähe des sündigen Berlin gewagt. Sein gegenwärtiger Stammsitz ist die Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg, die sich doch eigentlich als Reklame-Herberge für solchen Mundvollnehmer für zu schade halten sollte. An den Berliner Anschlagsäulen prangt mit Vortragsankündigungen „an Sein starkes Volk" das Bild des Christus im eleganten Zylinderhut, den er aber aus seiner Pleite als ehemaliger schweizerischer Sekthändler längst nicht mehr besitzt. Darunter zeigt auch die riesige Namensunterschrift das Pathologische dieser Christusgestalt. Bei seinen Vorträgen erscheint natürlich Husser ohne Anisrichter mit lang wallenden Haaren und in härener Kutte. Ebenso riesig, wie die Namensunterschrift ist, sind die Eintrittspreise, die der „Volksbeglücker" seiner Gemeinde oder Neugierigen und Ulkfinstigen abknöpft. — Gleichzeitig prangt an den Anschlagsäulen der ebenfalls von einer Mähne umwallte Konkurrenzkopf eines anderen wunderlichen Ich-rede-Heiligen, der sich bescheiden „Monarch des Geistes" nennt.

11 Jahre Strafverfahren, 2 Jahre Konzessionsverfahren

Eine für die gesamte Aerzteschaft ungemein wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht in einer Klagesache des Frauenarztes Dr. J. gegen den Vertreter des öffentlichen Interesses gefällt. Dr. J. hatte bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam im April 1920 beantragt, seine Villa in Lichterfelde als Frauenklinik zu konzessionieren. Dieser beschied ihn ablehnend, weil gegen ihn seit 1911 ein Strafverfahren aus § 218 StGB. schwebe und dessen Erfolg abgewartet werden müsse; außerdem habe er inzwischen die Anstalt inseriert und auch Frauen zur Behandlung aufgenommen. Es liege also Unzuverlässigkeit im Sinne der Gewerbeordnung vor. Auf die Revision des Rechtsanwalts Bahn hob das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Bezirksausschusses auf, indem es sich auf folgenden prinzipiellen Standpunkt stellte: Nicht jede allgemeine Unzuverlässigkeit genüge zur Versagung der Konzession, sondern sie müsse einen Schluß auf die Leitung und Verwaltung der „Anstalt" zulassen. Andererseits reiche die Zuverlässigkeit lediglich im ärztlichen Berufe allein nicht zur Konzessionierung aus, es müsse auch die allgemeine bürgerliche Unbescholtenheit vorhanden sein. Alle diese Umstände habe der Bezirksausschuß nicht genügend geprüft. Die Sache wurde daher an die erste Instanz zurückgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hat endlich noch den Grundsatz aufgestellt, daß das Verwaltungsgericht durch die erfolgte Einstellung des Strafverfahrens gegen Dr. J. nicht gehindert werde, die Strafakten trotzdem auf die Frage der Unzuverlässigkeit zu prüfen.

Eine kostspielige heimliche Einquartierung hatte seit einiger Zeit der Fabrikdirektor Friedrich in der Königgrätzer Straße 91. Während er in der Sommerfrische weilt, stand seine Wohnung ohne Aufsicht. Es merkte auch in der ganzen Zeit niemand im Hause etwas verdächtiges. Der Briefträger wußte auch, daß Direktor Friedrich verreist war. Als er aber gestern an der Tür vorbeikam und Schritte in der Wohnung hörte, klingelte er, ohne daß ihm geöffnet wurde. Jetzt schöpfte er Verdacht, wie sich bald ergab, mit Recht. Fremde, die in der Wohnung gewesen waren, hatten diese durch den Hinterausgang eiligst verlassen und für 100 000 M. Sachen mitgenommen. Der Wohnungsinhaber, der jetzt in der Sommerfrische angerufen wurde und schleunigst hierher kam, stellte fest, daß Einbrecher schon geraume Zeit bei ihm gehaust, gekocht, geschlafen und gezecht hatten, bis jetzt der Briefträger sie verscheuchte. Unter den gestohlenen Sachen, für deren Wiederbeschaffung er eine Belohnung von 15 000 M. ausgesetzt hat, befinden sich Wäschestücke mit dem Zeichen R. K., ein Damensiegelring U. S. 1919, über hundert Jahre alte goldene Ohrringe und andere Goldschmiedearbeiten usw. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Trettin, Dienststelle Nr. 17, im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Gegen die „Deutschen Kampfspiele"!

Die bürgerlichen Sportorganisationen, die bekanntermaßen Brutplätze des übelsten Nationalismus sind, halten morgen Parade ab. Selbstverständlich ist es, daß die chauvinistische Tendenz der Organisation ihren Niederschlag in den „Deutschen Kampfspielen" zeigen wird. So werden denn die „Deutschen Kampfspiele" zu einer Demonstration des echt teutschen Geistes werden, die Heerführer der Konterrevolution werden es sich nicht nehmen lassen und die Generalprobe ihrer Stoßtruppen, dazu haben sich immer noch die „Deutschen" Sportler hergegeben, abnehmen. Und Du, Proletarier, der du dem Gimpelfang folgst und die „Deutschen Kampfspiele" besuchst, wirst ungewollt mit demonstrieren für die Konterrevolution. Du wirst die „Masse" sein, auf die sich die Reaktionäre aller Schattierungen bei Gelegenheit berufen. Darum:

Kein Arbeiter den bürgerlichen Sportorganisationen!

Keine Mark, keine Minute eurer kostbaren Zeit den „Deutschen Kampfspielen"!

Besucht am Sonntag, dem 18. Juni, die Veranstaltungen eurer Klassengenossen, der Arbeiter-Sportler!

Verbeschwimmen durch den Landwehrkanal. Start 11 Uhr an der Ratiborstraße. Ziel Urbanhafen.

Arbeiter-Sportfest auf dem Dominicus-Sportplatz in Schöneberg, Sachsendamm Ecke Priesterweg. Beginn 3 Uhr nachmittags.

Arbeiter-Sportfest in Oberschöneweide auf dem Sportplatz Oberspree. Beginn 3 Uhr nachmittags.

Arbeiter-Sportfest in Cöpenick auf dem Eiche-Sportplatz. Beginn 2 Uhr.

Arbeiter-Sportfest in Spandau auf dem Turnplatz Falkenhagener Chaussee. Beginn 2 Uhr nachmittags.

Arbeiter-Sportfest in Bernau auf dem städtischen Sportplatz am Wasserturm. Beginn 2 Uhr.

Alle Arbeiter-Radfahrer treffen sich um 12 Uhr in Müggelheim, Krampenmühle.

Fußball- und Hockey-Spiele auf den bekannten Plätzen der Märkischen Spielvereinigung.

Gewerkschaftliches

Zur Orientierung

Wo tagt der Gewerkschaftskongreß?

Der elfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands ist eine in mehrerer Beziehung größere Veranstaltung. Schon sein äußerer Umfang ist ungewöhnlich, denn es werden an ihm schon gegen 700 Delegierte aus den Gewerkschaften teilnehmen. Außerdem kann man noch auf 150 bis 200 andere Teilnehmer (Gäste, Bundesvorstand, Pressevertreter usw.) rechnen. Daraus erklärt es sich, daß der Kongreß nicht dort tagen kann, wo er eigentlich hingehörte, nämlich im Leipziger Volkshause. Er muß im Saalbau des Zoologischen Gartens abgehalten werden. Dieser gehört der Stadt und enthält den größten Saal Leipzigs, sowie die vielen Nebenräumlichkeiten, die für einen solchen Kongreß nun einmal unentbehrlich sind. Außerdem wird dort natürlich ebenfalls eine Poststelle eingerichtet. Angerufen werden kann der Gewerkschaftskongreß durch die Nummern 225 28, 230 05, 252 13 und 252 90.

Die Beteiligung am Gewerkschaftskongreß

wird ganz ungewöhnlich stark sein. Der 1919 zu Nürnberg abgehaltene zehnte Gewerkschaftskongreß war zwar ebenfalls stark besucht. Dort waren außer den von den Gewerkschaften entsandten 696 Delegierten 17 Mitglieder und Angestellte der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und 29 Gäste. Die Teilnehmerliste des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses weist 694 Delegierte, 25 Mitglieder und Angestellte des Bundesvorstandes und 50 Gäste auf. Zieht man nun noch die Pressevertreter und die sonstigen Personen in Betracht, die auf dem Kongreß zu tun haben, so greift man nicht zu hoch, wenn man die Gesamtzahl der Personen, für die im Kongreßlokal Platz geschaffne werden muß, auf 850 bis 900 schätzt. Der Raum für die Zuhörer muß aus diesem Grunde sehr beschränkt werden.

Besonders beachtenswert ist auch die Schar der Gäste, die auf dem Kongreß anwesend sein werden. Die Gewerkschaften Englands und Frankreichs werden je zwei Vertreter entsenden; aus Belgien wird einer kommen. Ferner fehlen natürlich ebenfalls nicht die Vertreter der Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Deutschösterreichs, Ungarns und der Niederlande, die von jeher in treuem Freundschaftsverhältnis zu den deutschen Gewerkschaften standen. Ihnen gesellen sich die Vertreter Polens, Luxemburgs und nicht zuletzt auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu. Auch das Internationale Arbeitsamt wird zwei Vertreter schicken. Die schwedische und die norwegische Gesandtschaft werden sich durch ihre Sozialattachés vertreten lassen. Aus Deutschland sind ferner noch zu nennen: 7 Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Siering, Preußischer Minister für Handel und Gewerbe, Ristau, Sächsischer Arbeitsminister, und Fellisch, Sächsischer Wirtschaftsminister, nebst einer Reihe höherer Beamter aus verschiedenen Ministerien. Auch der Rat der Stadt Leipzig wird sich vertreten lassen. Sozialpolitiker von Ruf, wie Geheimrat Prof. Dr. Herkner und Prof. Dr. Heyde (beide aus Berlin) werden ebenfalls auf dem Kongreß erscheinen. Nicht zu vergessen sind auch die Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Volksfürsorge.

Es wird sich also eine stattliche Anzahl von Männern und Frauen aus Deutschland und dem Ausland auf dem elften Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zusammenfinden.

Wir hoffen, daß die äußere Größe des Gewerkschaftskongresses den zu leistenden Arbeiten nicht hinderlich wird, und daß weniger Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, sondern um dem deutschen Proletariat zu dienen.

Internationale der Holzarbeiter

Der erste Kongreß der im Dezember 1919 neu gebildeten Union der Holzarbeiter trat am Montag, dem 12. Juni, im Sitzungssaal der Arbeiterkammer in Wien zusammen. Der Kongreß hat vor allem die Aufgabe, das Band der Internationale der Holzarbeiter enger zu schlingen. Zu klären ist insbesondere auch das Verhältnis zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale und den Holzarbeiterverbänden, die ihr nahestehen. Weiter hat sich der Kongreß zu beschäftigen mit sozialpolitischen Fragen, neuen Statuten, Finanzierung der Union und Abwehr der reaktionären Anschläge. Vertreter aus 15 Ländern nehmen an der Tagung teil, und zwar: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, Schweiz, der tschechische Reichenbergerverband und Ungarn, die 28 Verbände repräsentieren und durch 43 Delegierte vertreten sind. Als Gast nimmt u. a. auch ein Vertreter des allrussischen Holzarbeiterverbandes teil. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ist Fimmen anwesend, der den Kongreß namens seiner Organisation begrüßt und u. a. folgendes ausführt:

„Wenn es Organisationen gibt, die uns zu bürgerlich oder zu radikal finden, so bedauern wir das; insbesondere aber bedauern wir die Organisationen selbst, die das glauben, weil sie sich noch nicht zu dem Standpunkt durchgerungen haben, daß nur der reine Klassenstandpunkt zum Ziele führen kann. Wir antworten diesen Organisationen: Wenn ihr einen festeren und stärkeren Glauben habt als wir, kommt zu uns und versucht, den Arbeitern der anderen Länder deutlich zu machen, daß unsere Taktik nicht richtig ist, sondern eure, aber stellt euch nicht uns gegenüber und zerstört nicht unsere Gewerkschaftsbewegung, was euch schließlich doch nicht gelingen wird. Was wir verlangen, ist, daß ihr zu uns kommt als Kameraden, nicht aber als Vertreter einer kleinen Clique, die nur ihr eigenes Interesse vertritt, ohne einsehen zu wollen, daß jedes Bataillon der Arbeiterschaft in jedem Lande nach den Verhältnissen den Kampf einrichten muß."

Der internationale Sekretär der Holzarbeiter, Woudenberg, besprach ausführlich das Verhältnis der Union zu den verschiedenen Verbänden Spaniens, Rumäniens, Rußlands, Bulgariens und der Tschechoslowakei. Die letzteren sind der Union nicht angeschlossen, und er führte weiter aus, daß Verbände, die nicht neuerlich die Aufnahme nachsuchten, nicht als angeschlossen gelten können. Desgleichen können diejenigen Verbände nicht aufgenommen werden, die der A.G.J. angehören. Der Vertreter der Russen, Urmanski, begrüßte die Ausführungen Fimmens und teilte mit, daß sie bis 1921 angeblich gar keine Ahnung gehabt hätten von der Existenz einer internationalen Holzarbeiter-Union, und daß sie gekommen wären, um die Einheitsfront in die Tat umzusetzen. (! R.) Der deutsche Delegierte, Tarnow, entgegnete den letztern Ausführungen und erklärte, daß in bewußter Absicht die Moskauer Internationale gegründet wurde, um die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu zertrümmern. Es müsse deshalb, bevor irgendein Beschluß gefaßt werde, verschiedene Fragen an die Russen gestellt werden, von deren Beantwortung die Tagung sich in ihrer Stellungnahme leiten lassen wird. Der schweizerische Delegierte, Reichmann, trat für die Aufnahme der Russen ein.

Ueber den Fortgang der Tagung werden wir noch berichten.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission

Die am 15. Juni im Gewerkschaftshaus stattgefundene Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission nahm den Geschäftsbericht für das Jahr 1921 entgegen. Genosse Sabath konnte mitteilen, daß im Geschäftsjahr 235 000 Mitglieder eingetreten, jedoch 205 000 ausgeschieden sind. Letzteres ist eine Folge des Anschlusses verschiedener Verbände an die Afa.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage des Wohnungs- und Siedlungswesens geschenkt, für die es gelang, auch die politischen Parteien zu interessieren. Jedoch ist infolge der schwankenden Haltung der letzteren kein Erfolg erzielt worden. Neue Vorbereitungen werden aber getroffen. Die Frage des Ernährungswesens sowie der Erwerbslosenfürsorge wurde eingehend behandelt.

Besondere Aufmerksamkeit soll der Jugendbewegung geschenkt werden und auf gewerkschaftlicher Grundlage eine Zusammenfassung der gesamten arbeitenden Jugend erfolgen. Auch für eine rege Bildungsarbeit ist durch Errichtung und Unterstützung der Betriebsräte- und Gewerkschaftsschule gesorgt worden.

Die wirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaft, die Betriebswerkstätten, stehen gut da und sind auf Monate mit Aufträgen versehen. Leider war durch die Haltung der Konsumgenossenschaft ein gemeinsamer Betrieb der Warmwasserversorgungsstellen nicht möglich. Doch ist zu hoffen, daß eine Einigung erfolgt.

Die Gewerkschaftskommission war bemüht, die Lage der Arbeiterschaft in allen Punkten zu bessern und sie hat sich in ihrer ganzen Arbeit von dem Gedanken leiten lassen, daß trotz aller noch bestehenden Differenzen nur die Geschlossenheit und Einigkeit die Arbeiter weiterbringen kann.

Genosse Volkmerhaus erstattete den Kassenbericht. Zugleich gab er sein Ausscheiden aus der Gewerkschaftskommission bekannt.

In der Diskussion bemängelten die Kommunisten Frönische und Jäger besonders die Arbeit der Gewerkschaftskommission und wiesen darauf hin, daß für den Ausbau des Arbeitsrechtes nichts getan wurde. Die Gesetze sind in dieser Frage nur Fesseln für die Arbeiterschaft. Den Gewerkschaften warfen sie vor, die Geschäfte der Regierung zu besorgen. Genosse Reimann wandte sich gegen den Wortradikalismus der Kommunisten und forderte in der Gewerkschaftsarbeit die Ausschaltung der Parteipolitik und praktische Arbeit.

Nach längerer Debatte, in der von verschiedenen Rednern die Arbeit der Gewerkschaftskommission gutgeheißen und die Phrasenpolitik der Kommunisten gebührend gekennzeichnet wurde, erfolgte nach kurzem Schlußwort des Genossen Sabath die Wahl des Ausschusses, der sich wie bisher zusammensetzt: Sabath, 1 Vorsitzender, Siegle, Sekretär und Link, Thöns, Lehmann, Reimann, Kaspar, Boese, Schuhmann, Blume, Ziska, Polenske, Ortmann, Bernatit Ausschußmitglieder.

Der Beitrag wurde auf 5 M. für männliche und 4 M. für weibliche und jugendliche Mitglieder für das halbe Jahr erhöht.

„Ehrliche revolutionäre Syndikalisten"

Die „Rote Fahne" teilt in Nr. 276 zu dem gestern in Berlin eröffneten Kongreß syndikalistischer Organisationen mit, daß „das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale einen Aufruf erließ, worin die gegenrevolutionäre Haltung einiger syndikalistischer Organisationen gebrandmarkt und die ehrlichen revolutionären Syndikalisten gewarnt werden vor dem Versuche, irgendeine neue syndikalistische Internationale zu gründen, da dieser gleichbedeutend wäre mit einem **Verbrechen gegen das Proletariat und einer offenen Sabotage des revolutionären Kampfes der Proletarier.**

Der 2. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale wird seine sämtlichen Anstrengungen darauf konzentrieren, die unerläßliche Einheit aller revolutionären Elemente der Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen. Es ist Pflicht aller revolutionären Arbeiterorganisationen, denen die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse höher steht als beschränkte sektiererische Dogmen, an ihm Anteil zu nehmen, um dort zu einem aufrichtigen Ausgleich zu gelangen."

Wir haben schon kürzlich hier dargelegt, daß die Kommunisten das Fazit ihrer Bankerottpolitik innerhalb der Gewerkschaften nun ziehen und sich jetzt, mit Einschränkungen natürlich, gegen die Syndikalisten wenden. Die oben mitgeteilte Stellungnahme ist aber eine lendenlahme Halbheit, die zu nichts verpflichtet. Wir fragen: wo hört die „gegenrevolutionäre Haltung" der Syndikalisten auf und wo sind die „ehrlichen revolutionären Syndikalisten" zu finden?

Da beide Richtungen sich als die ollen ehrlichen Seemänner gerieren werden, so wird der alte Zustand der gewerkschaftlichen Desorganisation bestehen bleiben, trotz aller bombastischen Aufrufe Moskaus.

Forderungen der Elektrizitätsarbeiter. Die Belegschaft der Zentrale Oberspree verlangt in einer von ihr gefaßten Entschließung die dringende Regelung der Löhne, und zwar vor Ablauf des Termins. Die Belegschaft ist nicht mehr gewillt, tatenlos zuzusehen, daß immer erst 4 bis 6 Wochen später die fälligen Beträge ausbezahlt werden. Der Magistrat wird daher aufgefordert, den Forderungen Rechnung zu tragen.

Lohnabkommen der Maler! Nach den diesmal besonders schwierigen Lohnverhandlungen hat das Haupttarifamt für das deutsche Malergewerbe am 12. Juni 1922 durch Schiedsspruch die Lohnsätze für Maler in Großberlin wie folgt festgesetzt: für Maler über 20 Jahre Mark 28,— pro Stunde, unter 20 Jahre Mark 26,60, Anstreicher über 20 Jahre Mark 27,50. Dieses Lohnabkommen gilt vom 16. Juni bis einschließlich 15. Juli 1922. — Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Erledigter Konflikt. Nach Beilegung der Differenzen ist die Sperre über die Firma Adamik und Scholz, Möbelfabrik, Berlin, Adalbertstr. 59, aufgehoben. — Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Beigelegte Differenzen. Die Differenzen der Renn-Depeschenfahrer in den Firmen „Cito", Verlagsgenossenschaft m. b. H. und seinen Filialen sowie dem Sportverlag „Union" sind durch Verhandlungen beigelegt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Heute, Sonnabend nachmittags 3 Uhr findet eine dringende Geschäftsleitungssitzung im Verbandsbüro, Breite Straße 8/9, statt.

Die Nummer 15 des Referentenmaterials ist erschienen und zum Preise von 5 M. beim Kassierer, Genossen Herbst, zu haben.

Neues Referentenmaterial (Nr. 15) für USP.-Funktionäre ist erschienen und zum Preise von 5 Mark im Parteisekretariat Berlin, Breite-Straße 8/9 (Kassierer Herbst), erhältlich.

Sprech-Chor. Bei gutem Wetter macht der Sprechchor am Sonntag, den 18. Juni 1922 einen Ausflug nach dem Zeuler Forst (Bulecer Tal). Treffpunkt morgens 8 Uhr alte Endhaltestelle der Straßenbahn. Nachzügler werden um 1 Uhr mittags von der Endhaltestelle zum Ausflugsort abgeholt. Gäste willkommen.

Sonnabend, den 17. Juni.

20. Distrikt (Kreuzberg). Die Abteilungsführer Plakate abholen bei Lier, Naunynstr. 9.

Neukölln. Sitzung der Bürgerdeputierten 6½ Uhr im Rathaus, Sitzungszimmer 2.

Sonntag, den 18. Juni.

15. Verwaltungsbezirk. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf zur Teilnahme am Arbeiter-Sportsonntag — Sonntag, den 18. Juni. Es gilt, diese Veranstaltung zu einer würdigen Kundgebung für die Arbeitersportbewegung zu gestalten. Abmarsch 1 Uhr vom Bahnhof Niederschöneweide nach dem Zentralpark Oberspree.

9. Distrikt. Großes Waldfest in der Jungfernheide. Gesang — Musik — Ansprache — Reigentänze — Kinderreigen — Gichtel-Jugend. Treffpunkt 1½ Uhr, Seestr. Ecke Müllerstr. Abmarsch mit Musik. Um rege Beteiligung ersucht die Bildungskommission. Die Genossen der anliegenden Distrikte sind eingeladen.

11. Distrikt. Gemeinsamer Spaziergang nach Weißensee, Rennbahn. Treffpunkt mittags 1 Uhr Arnswalder Platz. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, mit ihren Kindern zahlreich zu erscheinen. Kaffee kann gekocht werden. Der Frauenabend fällt in diesem Monat aus, dafür gemeinsamer Spaziergang nach Weißensee, Rennbahn.

Sozialistische Proletarier-Jugend Adlershof. Verwaltungsbezirk Treptow. Am Sonntag, dem 18. Juni 1922, nachmittags 6 Uhr, findet im neuen Jugendheim Bismarckstraße 12, Hinterhaus 1 Treppe, eine Einweihungsfeier dieses Jugendheimes statt. Parteigenossen und -genossinnen, besucht diese Veranstaltung eurer Jugend und macht die schulentlassenen Jugendlichen auf diese Feier aufmerksam.

Verwaltungsbezirk Kreuzberg. Kinderwanderung nach Erkner—Stralau. Treffpunkt 6 Uhr Schlesischer Bahnhof. Fahrgeld 3 Mark. Essen und Trinken mitbringen.

Montag, den 19. Juni.

1. Verwaltungsbezirk Mitte. 1., 2. und 3. Distrikt, abends 7 Uhr, bei Scheilhauer, Gormannstr. 28. Sitzung der Kommunalen Kommission. Die Mitglieder der Armen- und Waisenkommission, der Schulkommission, Bezirks- und Stadtverordnete, und die neugewählten Elternbeiräte haben daran teilzunehmen. Tagesordnung: Die Lehren der Elternbeiratswahl und die zukünftige Arbeit. Referent: Stadtrat Dr. Löwenstein.

19. Verwaltungsbezirk (Pankow). Fraktion und Kommunale Kommission 6 Uhr, Zimmer 25, Rathaus. Vollzähliges Erscheinen der Kommunalen Kommission unbedingt erforderlich. Wichtige Tagesordnung.

19. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Krüger, Grimmstr. 1. Hierzu sind eingeladen die Bildungskommission und die Ordner der 4. Abteilung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Vereinskalender

Sonnabend, den 17. Juni.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. Hamburg), Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr bei Thiel, Rückerstr. 7. Wahl der Ortsverwaltung.

Freie Lehrergewerkschaft, Berliner Rathaus Eing. Jüdenstr. abends 7 Uhr, Arbeitssitzung Zimmer 65, Thema: Hamburger Gemeinschaftsschulen und Pädagogische Woche. Elternbeiräte sind eingeladen. Mit Parteigruß E. Meiser, Reinickendorf, Schönholzer Weg 1.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg, Filiale Berlin I. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im Restaurant zur Schneekoppe, Kastanienstr. 29. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 18. Juni.

Tiefbauarbeiter! Sonntag Versammlung vormittags 11 Uhr in Böckers Tiefbauarbeiter! Sonntag vormittags 11 Uhr Versammlung in Böckers Handlungen. 2. Diskussion.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Meier hält abends 6 Uhr in der Trinitatiskirche Charlottenburg, Karl-August-Platz (unweit Bahnhof Charlottenburg) eine religiöse Feierstunde ab. Er wird das Thema behandeln: „Gibt es einen Gott?"

Freireligiöse Gemeinde. Vormittag 11 Uhr im Rathaus, Königstr. Vortrag des Herrn Dr. A. Sturm: Ketzerei und Inquisition im Mittelalter und in der Neuzeit. Harmonium: Der Müller und der Bach (Schubert). Pappelallee 15 Vortrag des Herrn Dr. H. Hasse: Was wir dem Morgenlande verdanken. — Gäste willkommen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Metall-Branche. Vormittags 9 Uhr im Dresdener Garten, Berlin, Dresdener Str. 45. Branchenversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, zu erscheinen!

Die Brancheleitung.

Arbeitersport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Abtlg. Charlottenburg. Treffpunkt zur Arbeitersport-Demonstration, Sonnabend 4 Uhr, Wilhelmsplatz. Restlose Beteiligung ist dringend erforderlich.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin E. V. Sonnabend, den 17. Juni, Sonnenwende aller Groß-Berliner Kindergruppen auf der Wiese des Landheims Meißnershof bei Hennigsdorf abends 9.30. Abfahrt der Züge um 6 und 7 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen. Führer erwarten die Teilnehmer am Bhf. Hennigsdorf. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75